

- \* **Gespräch** – Oliver Mühlemann über Moleküle und Medikamente **32**
- \* **Begegnung** – Dr. Bernadette Bürgi, unsere Frau in Hollywood **36**
- \* **Forschung** – Zimmerwald, das Rütli der Sowjets **28**

Oktober 2015

165

# UniPress \*



- \* Gespräch – Thomas Stocker und Gian-Kasper Plattner zum Klima 32
- \* Begegnung – Thierry Aebischer entdeckte ein Paradies für Tiere 36
- \* Forschung – Gehen mit dem Digitalfilm die Emotionen verloren? 26

Dezember 2013 159



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

- \* Gespräch der Generationen – Norbert Thom und Elena Hubschmid 32
- \* Begegnung – Manuela coacht Helai 36
- \* Forschung – Wenn die Matur leicht ist, wird es später schwer 30

April 2014 160



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

- \* Gespräch – Stig Förster und Daniel M. Segesser zum Grossen Krieg 32
- \* Begegnung – Albert Gobat, der unzürcherliche Friedenskämpfer 36
- \* Forschung – Frischer Atem leicht gemacht 28

August 2014 161



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

- \* Gespräch – Andrea Glauser über weibliche Uni-Karrieren 32
- \* Begegnung – Aymo Brunetti, der beliebteste Hochschullehrer 36
- \* Forschung – Gemeinsam für die Medizin von morgen 30

Dezember 2014 162



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

- \* Gespräch – Stefan Brönnimann und Claus Beisbart zu «Citizen Science» 30
- \* Begegnung – Riccardo Legna war schon als Kind an der Uni 36
- \* Forschung – Kunst und Wissenschaft vereint 26

April 2015 163



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

- \* Gespräch – Hubert Steinke über Medikalisierung 32
- \* Begegnung – Sabine Böglis Weg zur Mathematik 36
- \* Forschung – Feldforschung als Kunst 28

Juni 2015 164



Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern

Eine UniPress-Ausgabe verpasst? Gerne können Sie Einzelexemplare nachbestellen:

[unipress@unibe.ch](mailto:unipress@unibe.ch)

Tel.: 031 631 80 44

Wollen Sie UniPress (4 Ausgaben jährlich) kostenlos abonnieren? Abo-Bestellungen über:

[www.unipress.unibe.ch](http://www.unipress.unibe.ch)

oder an die Vertriebsfirma Stämpfli Publikationen AG

Tel.: 031 300 63 42

[abonnemente@staempfli.com](mailto:abonnemente@staempfli.com)

Universität Bern  
Corporate Communication  
Hochschulstrasse 4  
CH-3012 Bern  
Tel. +41 31 631 80 44  
[kommunikation@unibe.ch](mailto:kommunikation@unibe.ch)  
[www.kommunikation.unibe.ch](http://www.kommunikation.unibe.ch)



## WIR HABEN DIE WAHL

.....  
Gespannt beobachten wir die Winkelzüge der Politprofis, genüsslich qualifizieren wir die mehr oder weniger gelungenen Selbstdarstellungen der Kandidatinnen und Kandidaten: Gegen 3800 Personen bewerben sich diesen Herbst für die 246 Sitze im National- und Ständerat – so viele wie noch nie. Ja, wir haben die Wahl.

Über die Kandidierenden allerdings erfahren Sie in diesem UniPress nichts. Im Fokus stehen wir selbst: Berner Politologinnen und Politologen halten uns Wählerinnen und Wählern den Spiegel vor. Mit frappierenden Resultaten wie diesem: Entspannte Menschen fühlen sich tendenziell zu den Grünen hingezogen, sorgenvolle und verunsicherte Menschen zur SP oder CVP. Oder wir lesen, dass sich das Schweizer Volk erstaunlich einig ist über den Umgang mit Zuwanderern und das Verhältnis zur EU. Die Spaltung in zwei scheinbar unversöhnliche Lager entsteht erst auf Ebene der Parteien mit der SVP am rechten und der SP am linken Pol.

Neues erfahren wir auch über uns als Volk von Nichtwählerinnen und Nichtwählern: Dass die Mehrheit nicht an die Urne geht, hat vielerlei Gründe, und die meisten sind kein Grund für staatspolitische Sorgenfalten. Und nicht zuletzt bekommen wir eine Ahnung davon, wie Geld unsere Wahl beeinflusst.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

*Timm Eugster und Marcus Moser*

# Masterstudium in Luzern

Attraktive Studiengänge, persönliche Atmosphäre



**Infoabend:** Mittwoch, 28. Oktober 2015

Theologie, Rechtswissenschaft

**Masterwoche:** 26.–30. Oktober 2015

Kultur- und Sozialwissenschaften



[www.unilu.ch/masterinfo](http://www.unilu.ch/masterinfo)

## Wir sind Ihr Link zur Universität Corporate Communication

Interessieren Sie sich für Aktivitäten der Universität Bern? Suchen Sie eine Expertin für ein Interview oder eine bestimmte Studie?

**Corporate Communication ist die Kompetenz- und Dienstleistungsstelle für alle Kommunikationsbelange der Universität Bern.**

Wir geben Auskunft und vermitteln Kontaktpersonen. Wir sind die Anlaufstelle für Medienschaffende, Organisationen und Private.

### Wollen Sie mehr wissen?

Sie finden uns im Hauptgebäude der Universität, Hochschulstrasse 4, 3012 Bern.

Telefon +41 31 631 80 44  
Fax +41 31 631 45 62  
[kommunikation@unibe.ch](mailto:kommunikation@unibe.ch)

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website unter [www.kommunikation.unibe.ch](http://www.kommunikation.unibe.ch)

**u<sup>b</sup>**

**UNIVERSITÄT  
BERN**

# Inhalt



## FORSCHUNG UND RUBRIKEN

---

### Forschung

- 28 **Geschichte:** Weltgeschichte auf dem Dorfe  
Von Julia Richers
- 30 **Germanistik:** Der tolerante Humanist  
Von Barbara Mahlmann-Bauer

### Rubriken

- 1 **Editorial**
- 32 **Gespräch**  
Oliver Mühlemann – Von Molekülen zu  
Medikamenten  
Von Timm Eugster
- 36 **Begegnung**  
Bernadette Bürgi – Die entschlossene Bärin  
aus Sarnen  
Von Marcus Moser
- 38 **Meinung**  
Frauenhirn? Männerhirn?  
Von Anelis Kaiser
- 39 **Bücher**
- 40 **Impressum**

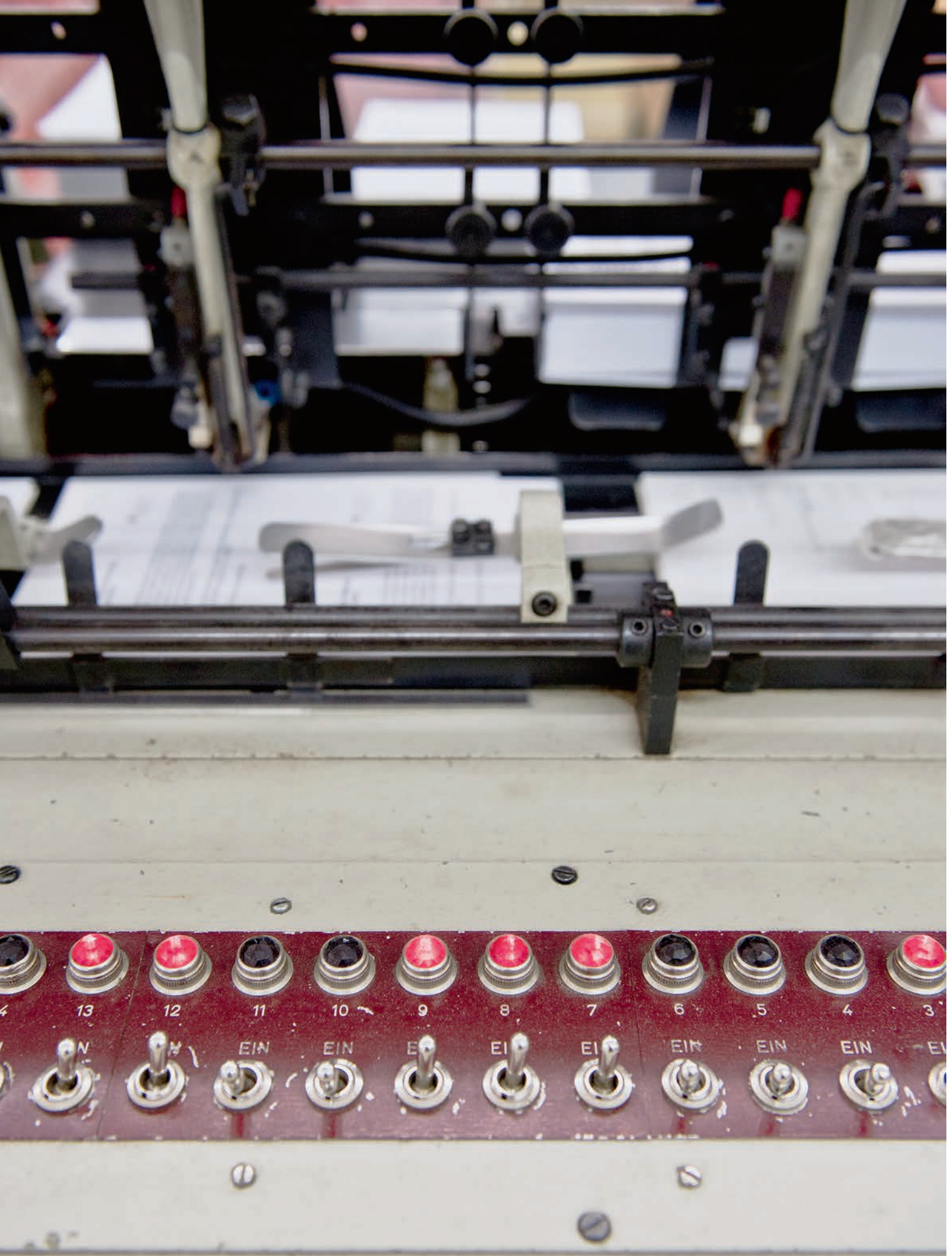
## WIR HABEN DIE WAHL

---

- 5 Wie gerecht ist das Schweizer Wahlsystem?  
Von Adrian Vatter
- 8 Wählerverhalten im Wandel  
Von Marc Bühlmann und Marlène Gerber
- 11 Die Nichtwählenden – bislang unentdeckte Wesen  
Von Matthias Fatke und Markus Freitag
- 15 Welche Partei passt zu mir?  
Von Kathrin Ackermann und Markus Freitag
- 18 Grünliberal – ist der Name schon Programm?  
Von Isabelle Stadelmann-Steffen und Karin Ingold
- 21 Wie Geld im Wahlkampf wirkt  
Von Claude Longchamp und Cloé Jans
- 25 Parteien sind polarisiert, die Gesellschaft ist es nicht  
Von Klaus Armingeon und Sarah Engler

*Buchhinweis: Die in diesem Schwerpunkt publizierten Beiträge in voller Länge sowie zahlreiche weitere Analysen von Berner Politikwissenschaftlerinnen finden Sie im Sammelband «Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz», herausgegeben von Markus Freitag und Adrian Vatter (Verlag NZZ Libro, 480 Seiten).*

*Bildstrecke: Die Durchführung von Wahlen (und Abstimmungen) und deren korrekte Auswertung ist eine logistische Grosstat. Adrian Moser hat Bürgerinnen und Bürger – aber auch Behörden – bei ihrer anspruchsvollen Wahlarbeit fotografiert.*



# Wie gerecht ist das Schweizer Wahlsystem?

Wahlsysteme prägen entscheidend den Charakter eines politischen Systems. In der Schweiz beeinflussen Wahlkreisgrössen und die Listenverbindungen besonders stark, wie Stimmen in Mandate umgewandelt werden. Das System benachteiligt kleine Parteien und belohnt Bündnisse. Nun wird eine Reform diskutiert.

Von Adrian Vatter

Wahlsysteme legen die Spielregeln für Wahlen fest. Die Gestaltung des Wahlsystems ist deshalb auch immer eine zentrale Machtfrage, die darüber entscheidet, welche politischen Gruppen wie viele Sitze im Parlament gewinnen. Bei den alle vier Jahre stattfindenden Nationalratswahlen gilt das Proporzwahlsystem: Die Mandatszahl einer Partei richtet sich im Grundsatz nach dem prozentualen Stimmanteil. Ausdruck des stark föderalen Charakters des Wahlsystems ist zudem der Grundsatz, dass jeder Kanton einen eigenen Wahlkreis bildet und mindestens einen der insgesamt 200 Sitze erhält. Die Mandate werden unter den Kantonen im Verhältnis zu ihrer gesamten Wohnbevölkerung verteilt. Im Weiteren gilt die Einzelstimmkonkurrenz: Der Wähler hat so viele Einzelstimmen, wie in seinem Wahlkreis Nationalratssitze zu vergeben sind. Da er diese frei auf die Kandidierenden verteilen darf, hat er äusserst grosse Gestaltungsfreiheiten in der Auswahl und Bevorzugung von Mandatsanwärterinnen.

Wichtig sind auch die Listenverbindungen. Dies sind Zusammenschlüsse von verschiedenen Parteilisten, die bei der Mandatsverteilung wie eine einzige Liste

betrachtet werden. So soll eine bessere Verwertung der Reststimmen gewährleistet werden.

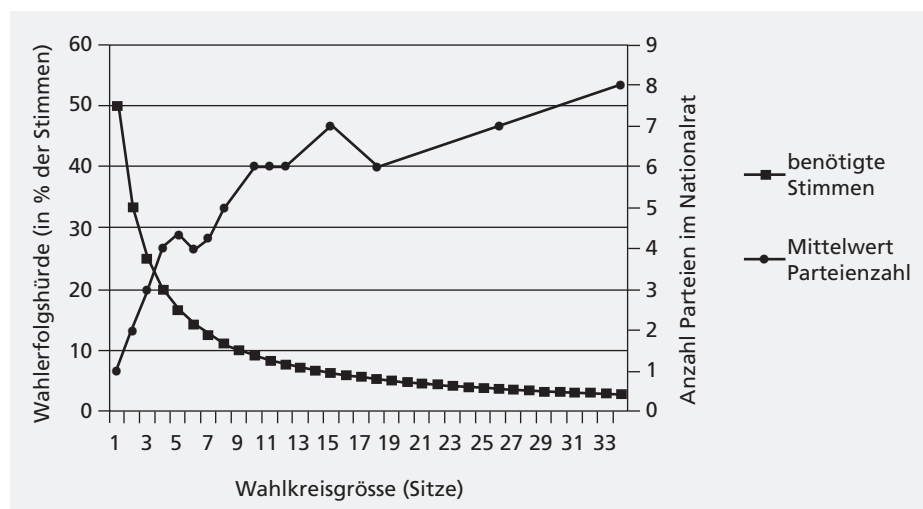
## In kleinen Kantonen haben es kleine Parteien schwer

Diese Regeln haben unterschiedliche Effekte auf die Umwandlung von Stimmen in Mandate. Von herausragender Bedeutung sind die erwähnte Einteilung und die Grösse der Wahlkreise. Letztere wird an der Anzahl der zu vergebenden Mandate gemessen. Die Wahlerfolgsschwelle gibt an, wie viele Wählerstimmenanteile es braucht, damit eine Partei in einem Kanton mindestens einen Sitz im Nationalrat gewinnt. Diese Schwelle schwankt durch die Unterschiede in den Bevölkerungsgrössen zwischen den Kantonen beträchtlich: In den bevölkerungsschwachen Kantonen Uri, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden wird nur ein einziges Nationalratsmandat vergeben. Sie kennen faktisch ein Mehrheitswahlsystem, denn es wird die Kandidierende gewählt, welche die meisten Stimmen erhält. Damit weichen die Anteile der erhaltenen Sitze von denjenigen der Stimmen oft beträchtlich ab. Anders sieht

es in den grössten Kantonen aus, wo die Wähler- und Sitzanteile annähernd übereinstimmen. So braucht es bei den eidgenössischen Wahlen 2015 im Kanton Zürich mit 35 zu vergebenden Sitzen weniger als drei Prozent der Stimmen, um einen davon zu gewinnen. Die Wahlerfolgshürde ist hier also wesentlich niedriger als in kleineren Kantonen.

Dieser Zusammenhang wird in der Grafik dargestellt: Sie zeigt einerseits die direkte Beziehung zwischen der Wahlkreisgrösse (Anzahl zu vergebender Sitze) und der Wahlerfolgshürde, andererseits den indirekten Zusammenhang zwischen der durch die Wahlkreisgrösse bedingten Wahlerfolgshürde und der Anzahl Parteien, die einen Wahlkreis im Nationalrat vertreten. Während die kleinen Kantone mit wenigen Sitzen pro Wahlkreis nur ein bis drei grosse Parteien in den Nationalrat entsenden, sind es in den sieben bevölkerungsreichsten Kantonen mit grossen Wahlkreisen sechs oder mehr Parteien. Die Wahlkreisgrösse beeinflusst also nicht nur die Fragmentierung des Parteiensystems deutlich. Sie benachteiligt vor allem die kleinen Parteien stark und schränkt damit den Wettbewerb zwischen den Parteien ein oder hebt ihn in kleinen Kantonen manchmal ganz auf. Die Stimmenverrechnung durch das Hagenbach-Bischoff-Verfahren verstärkt diesen Effekt noch, denn die Berechnung bevorzugt grosse Parteien leicht und benachteiligt die kleinen und kleinsten dementsprechend. Je höher die Wahlerfolgsschwelle ist, umso ungleicher sind die Chancen unter den Parteien verteilt, Mandate zu gewinnen. Während nämlich die grossen Volksparteien wie die FDP, CVP und SPS, aber auch Parteien mit lokalen Hochburgen (wie lange Zeit die Liberalen in der Westschweiz oder die CVP in der Innerschweiz) von einer hohen Eintrittsschwelle profitieren, gehören kleinere Parteien wie etwa die Grünen oder die EVP zu den Verliererinnen.

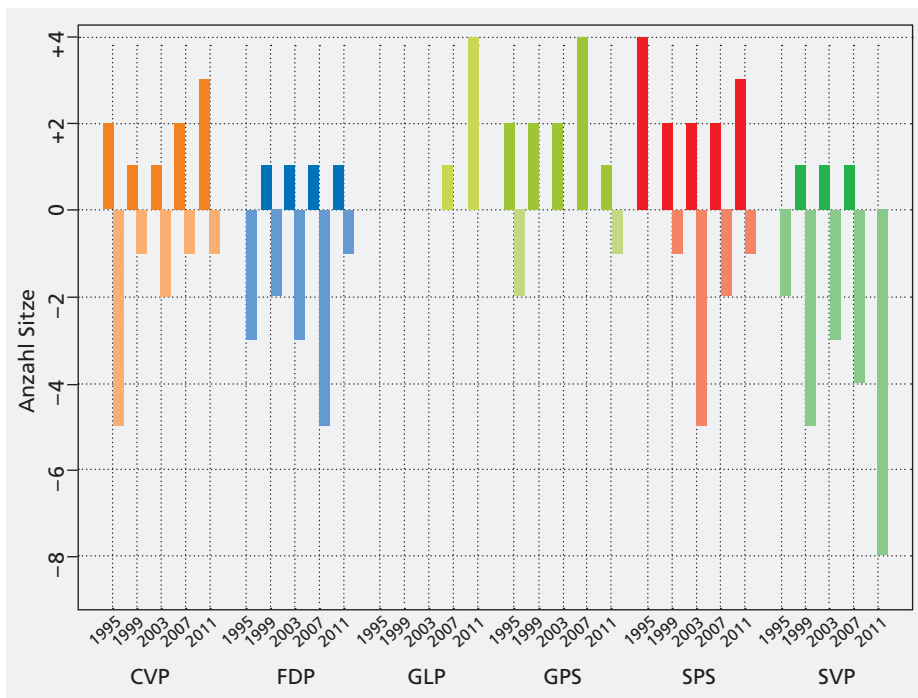
Dieser Ungleichheit können Listenverbindungen entgegenwirken: Der Zusammenschluss kleinerer Parteien zu einem gemeinsamen Bündnis soll vor allem verhindern, dass ihre Stimmen verloren gehen.



Je grösser ein Kanton (=Wahlkreis), desto niedriger ist die Hürde für kleine Parteien, einen Sitz zu gewinnen (Quadrate). Dementsprechend sind grosse Kantone im Nationalrat mit mehr Parteien vertreten (Punkte). Die Angaben beruhen auf den Nationalratswahlen 2011.







Sitzgewinne und Sitzverluste der Parteien durch Listenverbindungen bei den Nationalratswahlen 1995–2011.

### Von Listenverbindungen profitiert das rot-grüne Lager

Die Ergebnisse der Nationalratswahlen der letzten Jahre machen deutlich, dass der Einsatz von Listenverbindungen bedeutsam für den Wahlerfolg der Parteien ist, wobei diese ganz unterschiedlich davon profitieren (siehe Grafik oben). Das rot-grüne Lager nutzt dieses Instrument konsequent und hat damit im Durchschnitt pro Legislaturperiode rund fünf Sitze allein der Möglichkeit von Listenverbindungen zu verdanken. Dies ist nicht nur Ausdruck von beträchtlichem wahltaktischem Bündnisgeschick, sondern hängt auch mit der starken parteipolitischen Zersplitterung des rot-grünen Lagers und gleichzeitig politischer Geschlossenheit aufgrund hoher ideologischer Gemeinsamkeiten zusammen.

Grundsätzlich profitiert innerhalb einer Listenverbindung jeweils die grösste Partei, während aus Unterlistenverbindungen besonders Kleinparteien Nutzen ziehen. Umgekehrt gehen diese Sitzgewinne in der Regel auf Kosten derjenigen grossen Parteien, die alleine antreten. Dies gilt insbesondere für die (rechts-)bürgerlichen Parteien wie die SVP und FDP, die politisch deutlich heterogener und gleichzeitig parteipolitisch weniger fragmentiert sind als die links-grünen Gruppierungen. Insgesamt stärkt die freie Listenform mit der Möglichkeit der Listenverbindung zwischen einander ideologisch nahestehenden Parteien die Partizipations- und Inklusionsfunktion des Wahlsystems im Sinne der ausgebauten Möglichkeiten für die Wählenden, ihre Präferenzen im Idealfall möglichst genau auszudrücken. Gleichzeitig

schwächen diese Instrumente aber die Stellung, Geschlossenheit und Rolle der Parteien im politischen System, da nicht mehr sie alleine über die gewählte Reihenfolge der Kandidierenden entscheiden können.

### Neues System könnte Wählerwillen genauer abbilden

Der Anspruch eines proportionalen Wahlsystems ist die möglichst präzise Übersetzung von Wählerstimmen in Parlamentssitze. Dieser Repräsentationseffekt könnte durch die Anwendung des biproportionalen Wahlverfahrens «doppelter Pukelsheim» verbessert werden, das bereits in den Kantonen Zürich, Aargau, Schaffhausen, Nidwalden, Zug und Schwyz eingeführt wurde. Bei diesem System wird bei der Auszählung in einer ersten Runde der gesamte Kanton behandelt, als ob er ein einziger Wahlkreis wäre: Die Stimmen, die für eine Partei abgegeben wurden, werden aus allen Kreisen zusammengezählt und daraus die Anzahl gewonnener Sitze berechnet. Erst in der zweiten Verteilrunde wird festgelegt, in welchen Wahlkreisen die Parteien ihre Sitze erhalten. Dadurch gehen in kleinen Wahlkreisen die Stimmen für kleine Parteien nicht verloren.

Auf nationaler Ebene würde der «doppelte Pukelsheim» zu mehr proportionaler Gerechtigkeit, einer besseren Vertretung kleinerer Parteien und einer grösseren Parteilenauswahl in kleineren Kantonen führen. Die kleinen Parteien würden profitieren, während die grossen Parteien tendenziell Sitze abgeben müssten. Die zunehmende Nationalisierung von

Wahlen und das Verschwinden kantonalen Parteibesonderheiten sprechen für eine solche Änderung des Wahlsystems. Eine Reform würde zu einer verbesserten Erfüllung der wichtigsten Funktion des Verhältniswahlsystems führen, nämlich die Erreichung eines möglichst präzisen Spiegelbilds der Wählerschaft im Parlament. Mit der Beibehaltung der kantonalen Wahlkreise würde dabei der kantonalen Autonomie Rechnung getragen.

### Gefahr zunehmender Instabilität

Über eine allfällige Wahlsystemanpassung wird in jüngster Zeit in der Öffentlichkeit und in der Politik diskutiert. Es stellt sich allerdings die Frage, ob eine derartige Stärkung der Repräsentationsfunktion nicht gleichzeitig eine weitere Parteienzersplitterung, eine Schwächung der gemässigten Mitteparteien und eine zunehmende Instabilität der Regierungsbildung durch das Parlament begünstigt. Dies würde neben der Minderung der Partizipationsfunktion aufgrund des bisher praktizierten Verbots von Listenverbindungen beim doppelt proportionalen Verrechnungsverfahren eine andere und für die Schweiz zunehmend wichtige Kernfunktion von Wahlsystemen schwächen: die regierungsbildende Konzentrationsfunktion.

**Kontakt:** Prof. Dr. Adrian Vatter, Institut für Politikwissenschaft, [adrian.vatter@ipw.unibe.ch](mailto:adrian.vatter@ipw.unibe.ch)

**Hinweis:** Eine längere Fassung des vorliegenden Beitrags ist in «Die Volkswirtschaft» Nr. 5/2015, S. 34–39, erschienen.

# Wählerverhalten im Wandel

Die SP wandelte sich in den letzten 40 Jahren von einer Unterschichts- zu einer Mittelschichtspartei. Mitte der 1990er Jahre bewegte sich die SVP-Wählerschaft sprunghaft nach rechts. Relativ stabil zeigt sich die Wählerschaft der Mitteparteien.

Von Marc Bühlmann und Marlène Gerber

Der Wandel der Partei- und Wahllandschaft lässt sich auf drei verschiedenen Ebenen nachzeichnen: Erstens kann sich das individuelle Wahlverhalten ändern. Zweitens können Veränderungen der Wählerschaft durch einen Wandel der Gesellschaftsstruktur bedingt sein. Und drittens können politische Parteien durch Neupositionierungen Wandel provozieren. Unser Beitrag folgt dem sogenannten Bottom-up-Ansatz, der Wandel anhand des individuellen Wählerverhaltens und nicht anhand parteipolitischer Strukturen erklärt. Dabei stützen wir uns auf den Datensatz zu den Nachwahlbefragungen der Swiss Electoral Studies (Selects), mit dem wir langfristige Entwicklungen der Wählerschaft zwischen 1971 und 2011 nachzeichnen können.

Unser Beitrag betrachtet die Entwicklung der Parteiwählerschaft im gesellschaftlichen Kontext. Der Wandel der Wählerschaft einer Partei – so die Überlegung – ist von anderer Bedeutung, wenn er sich parallel zur gesellschaftlichen Entwicklung bewegt als wenn er dieser entgegenläuft. Im untersuchten Zeitraum von 40 Jahren hat sich nicht nur die Politik, sondern auch die Gesellschaft verändert. Für die Frage nach Stabilität oder Wandel der Wählerschaft der einzelnen Parteien müssen diese Entwicklungen berücksichtigt werden. Wir haben die Wählerschaften hinsichtlich Eigenschaften und Einstellungen untersucht, die in der klassischen Wahlforschung zur Anwendung kommen. Hierzu zählen sozio-

ökonomische Indikatoren wie Alter, soziale Schicht oder Zugehörigkeit zu einer Konfessions- oder Sprachgruppe sowie Einstellungen zu politischen Sachthemen. Die jeweilige Position der Gesellschaft haben wir durch den Durchschnittswert der gesamten Wahlpopulation bestimmt. Nachfolgend werden die drei auffälligsten Resultate präsentiert.

## Die SP – von der Arbeiter- zur Mittelschichtspartei

Die Wählerschaft der SP wandelt sich insbesondere hinsichtlich sozioökonomischer Zusammensetzung relativ deutlich. Während der Durchschnittswähler der anderen vier untersuchten Parteien im Vergleich zur Entwicklung der Gesellschaft stabil unterdurchschnittlich (SVP, CVP) oder überdurchschnittlich (FDP, GP) gebildet bleibt, verändert er sich bei der SP vom unterdurchschnittlich zum überdurchschnittlich gebildeten Wähler. Hinsichtlich Einkommen lässt sich eine ähnliche, wenn auch nicht gleich pointierte Entwicklung feststellen. Hier kommt die sozialdemokratische Wählerschaft nahe der Durchschnittswählerin zu liegen. Die SP hat sich also in den letzten 40 Jahren zu einer Partei gewandelt, welche die neue Mittelklasse anspricht.

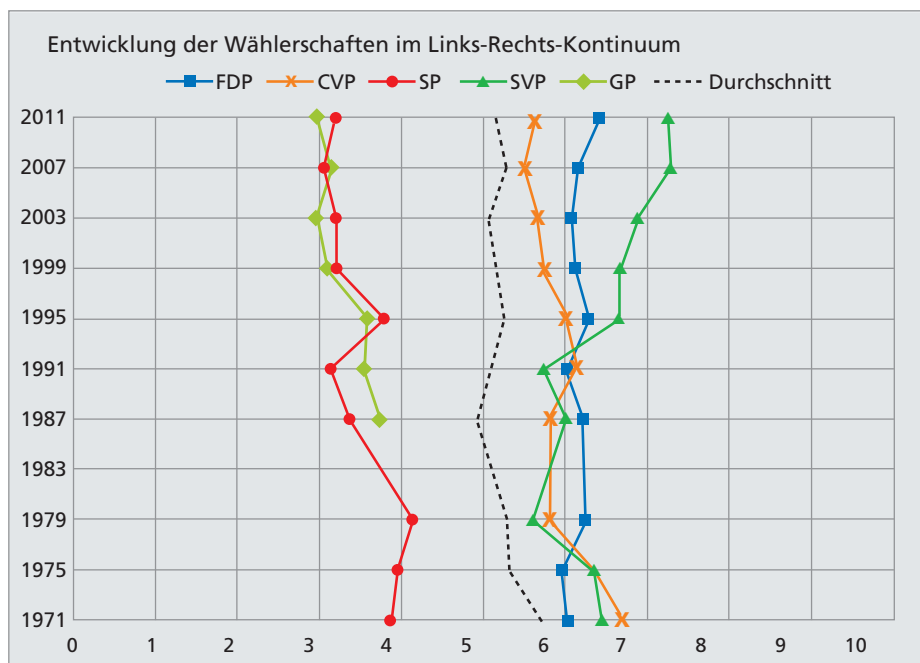
Eine interessante Entwicklung bezüglich Bildung zeigt auch die SVP-Wählerschaft, die sich ab den 1990er Jahren vom durchschnittlichen Bildungsniveau leicht

gegen unten entfernt. Ein Indiz dafür, dass die SVP mit zunehmender Wählerstärke auch ihr Klientel durch Personen mit tieferen Bildungsabschlüssen erweitert hat.

## Die CVP – stabiles katholisches Klientel

Ein wichtiger soziokultureller Faktor in der Geschichte der Schweizer Politik ist die Konfession. Zwar gilt der Konflikt zwischen der katholischen und der reformierten Bevölkerung in der Politik als weitgehend entschärft, die Stammwählerschaft der CVP scheint sich aber nach wie vor über die Konfessionszugehörigkeit zu definieren. Darauf weisen auch unsere Resultate hin: Obwohl sich die Gesellschaft (hier gemessen anhand der Gesamtwählerschaft) in den letzten 40 Jahren stark säkularisiert – sowohl der Protestanten- als auch der Katholikenanteil nehmen stetig ab – bleibt die CVP-Wählerschaft stabil katholisch. Die CVP schafft es also nicht, sich zu einer überkonfessionellen Partei zu entwickeln, während sich etwa die FDP- oder die SVP-Wählerschaft hinsichtlich ihrer Konfessionsanteile dem Gesellschaftsschnitt angleicht.

Während sich dies bei der FDP stetig vollzieht, beginnt der Wandel bei der ursprünglich vor allem in den protestantischen Gebieten der Schweiz stark verankerten SVP erst in den 1990er Jahren und scheint ab 2011 vollzogen zu sein. Erst dann ist die SVP-Wählerschaft nicht mehr



Die Schweizer Durchschnittswählerin verortet sich konstant in der Mitte zwischen links (0) und rechts (10). Interessant ist die Ausdifferenzierung im bürgerlichen Lager ab Mitte der 1990er Jahre.

signifikant protestantischer als die Durchschnittswählerin. Für SP und GP spielt die Konfession insofern (k)eine Rolle, als dass die Wählerschaften beider Parteien seit den 1990er Jahren überdurchschnittliche Anteile an Konfessionslosen aufweisen.

### Die SVP – Wandel nach Rechts

Die Einordnung in ein Links-Rechts-Kontinuum auf einer fiktiven Skala zwischen 0 (ganz links) und 10 (ganz rechts) ist eine Standardvariable bei politischen Befragungen. Durchaus auch umstritten, leistet die Messung der politischen Verortung auf einem Kontinuum gute Dienste, weil politisch interessierte Personen in der Regel sich selber und Parteien problemlos einordnen können. Unsere Analyse zeigt auf den ersten Blick hohe Stabilität: Die Schweizer Durchschnittswählerin positioniert sich konstant in der Mitte zwischen den beiden Blöcken, wobei sich die Wählerschaften von SP und GP jeweils links und jene der CVP, der FDP und der SVP permanent rechts von der Durchschnittswählerin einordnen (siehe Grafik). Wir können hier also von hoher Stabilität, ja gar von eingefrorenen Positionen sprechen.

Auf den zweiten Blick muss diese Schlussfolgerung allerdings relativiert werden. Ab 1995 lässt sich nämlich eine deutliche Ausdifferenzierung im einst recht homogenen bürgerlichen Lager beobachten. Es ist dabei vor allem die SVP-Wählerschaft, die sich deutlich nach rechts und

weg vom Durchschnittswähler bewegt. Der Wandel der CVP-Wählerschaft Richtung Mitte hin zum Durchschnittswähler ist weit weniger prononciert. Der 2011 erfolgte Rechtsrutsch der FDP-Wählerschaft, die sich ansonsten relativ stabil zeigt, dürfte sich auch mit der Fusion mit der Liberalen Partei erklären lassen. Im links-grünen Lager kann die Bewegung der Grünen nach links dadurch erklärt werden, dass sich die GP von einer Einthemen- zu einer Mehrthemenpartei entwickelt hat. Insgesamt lässt sich also bei der Entwicklung der Wählerschaften eine zunehmende Polarisierung beobachten.

### Ändert es sich, oder bleibt es wie es ist?

Unsere Befunde decken sich mit früheren Beobachtungen. Es bleibt die Frage, welche Auswirkungen der Wandel der Wählerschaft auf den Wahlerfolg der Parteien hat. Inwiefern zum Beispiel der SP der weitere Verlust ihres ursprünglichen Arbeitermilieus sowie die Abwanderung des traditionellen Mittelstands droht, oder ob sie mit einem relativ neuen Wählerklientel aus sozio-kulturellen Spezialistinnen (etwa Lehrer, Ärztinnen, Sozialarbeiter) Aussicht auf Erfolg hat, wird die Zukunft weisen. Nicht zuletzt bleibt abzuwarten, ob es der CVP auch weiterhin gelingt, ihre Stammwählerschaft trotz – oder gerade wegen – den strukturellen Entwicklungen hin zu einer konfessionslosen Gesellschaft zu halten.

Offen bleibt auch, ob der Rechtsrutsch der SVP-Wählerschaft abgeschlossen ist.

Zwar weisen die drei beschriebenen Resultate auf eine gewisse Veränderung hin. Die Mehrheit unserer hier nicht rapportierten Befunde für alle anderen untersuchten, möglicherweise die Wahl bestimmenden Indikatoren zeigt für die Wählerschaft der verschiedenen Parteien allerdings etwas typisch Schweizerisches, nämlich bemerkenswerte Stabilität.

**Kontakte:** PD Dr. Marc Bühlmann, Direktor *Année Politique Suisse*, [marc.buehlmann@ipw.unibe.ch](mailto:marc.buehlmann@ipw.unibe.ch); Dr. Marlène Gerber, Stellvertretende Leiterin *Année Politique Suisse*, [marlene.gerber@ipw.unibe.ch](mailto:marlene.gerber@ipw.unibe.ch)



# Die Nichtwählenden – bislang unentdeckte Wesen

Wie steht es um die Schweizer Demokratie, wenn die Mehrheit gar nicht mitmacht? Eine Annäherung an die Nichtwählerinnen und Nichtwähler zeigt: Es gibt zahlreiche Gründe für Wahlabstinenz – und viele davon sind kein Grund zur Sorge.

Von Matthias Fatke und Markus Freitag

Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer lässt die Wahllokale links liegen. Obschon die Bestellung politischer Repräsentanten in freien und gleichen Wahlen eine der zentralen Errungenschaften unserer Demokratie darstellt, überragt in den National- und Ständeratswahlen die Partei der Nichtwähler fortwährend jene der Wähler. Doch wer sind diese Nichtwählerinnen? Gibt es unterschiedliche Typen von Wahlabstinenten? Und aus welchen Beweggründen bleibt die Mehrheit der Wahlurne fern?

Antworten auf diese Fragen sucht man meist vergebens, da die Wahlforschung ihr Augenmerk eher auf die Wählenden als auf die Abstinenten richtet. Dadurch vermögen wir zwar die Wählenden von den Nichtwählenden zu unterscheiden. Eine eingehende Charakterisierung Letzterer findet sich dagegen nur sehr selten in der politikwissenschaftlichen Literatur. Dabei erscheint es höchst unwahrscheinlich, dass es sich bei der Nichtwählerschaft um eine einheitliche,

monolithische Gruppe von Personen handelt, die alle aus ein und demselben Grund der Urne fernbleiben. Falls nun verschiedene Nichtwählertypen hinsichtlich ihrer politischen Fähigkeiten und Einstellungen differenziert werden könnten, dann wäre das Wehklagen in der öffentlichen Debatte über die scheinbar unisono desinteressierte, enttäuschte und abgewandte schweigende Mehrheit nur teilweise berechtigt.

In der Theorie lassen sich drei Umstände unterscheiden, warum Menschen nicht an Wahlen teilnehmen: Entweder wollen sie nicht, weil es ihnen an Motivation mangelt. Oder sie können nicht, weil ihnen die nötigen Ressourcen und Ausbildungen fehlen. Mitunter werden sie aber auch von niemandem aufgefordert, weil sie sozial unzureichend eingebunden sind. Werden diese möglichen Gründe in unterschiedlicher Weise miteinander kombiniert und mit den Daten von 4391 im Jahre 2011 befragten Schweizerinnen und Schweizern unterlegt, lassen sich im

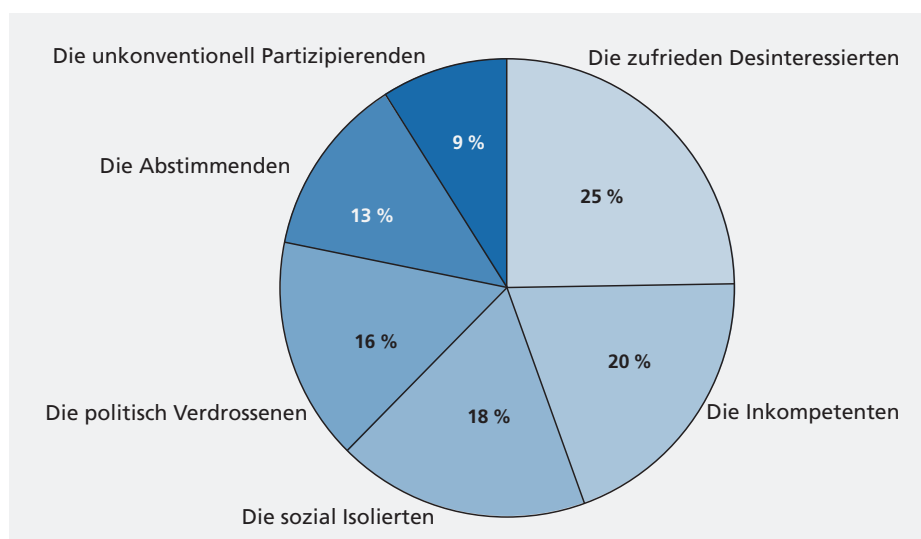
Nachgang zu den letzten Nationalratswahlen sechs Nichtwähler-Typen identifizieren (siehe Grafik unten).

## Die sechs Typen

Charakterisieren lassen sich die verschiedenen Typen von Nichtwählenden wie folgt:

- Die **zufriedenen, aber eher desinteressierten Nichtwählenden** bilden mit 25 Prozent die grösste Gruppe innerhalb der Nichtwählerschaft. Sie zeigen ein unterdurchschnittliches politisches Interesse, äussern aber politisches Vertrauen und allgemeine Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie. Zudem üben sie hin und wieder alternative Formen politischer Partizipation wie etwa Protestieren oder das Sammeln von Unterschriften aus. Im Gegensatz zur Motivation mangelt es dieser Gruppe nämlich nicht an Ressourcen oder Netzwerken. Vielmehr verfügen sie über ein relativ hohes Einkommen und Bildungsniveau und sind familiär und sozial recht gut eingebunden. In soziodemographischer Hinsicht fällt auf, dass die zufriedenen, aber wenig interessierten Nichtwählenden eher in grossen Haushalten leben, während ihr Alter und die Grösse ihres Wohnortes im Durchschnitt liegen.

- Die Gruppe der **inkompetenten Nichtwählenden** kommt auf rund 20 Prozent. Sie hat ein im Vergleich geringes Einkommen und Bildungsniveau sowie eine kärgliche soziale Einbindung zu beklagen. Die Mitglieder dieser Gruppe sind unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie und haben kaum Vertrauen in Regierung und Parlament. Als Gründe der Nichtwahl geben sie an, sich nicht für Politik zu interessieren, diese als zu kompliziert zu empfinden, die Kandidierenden nicht zu kennen und sich überdies nicht entscheiden zu können. Es verwundert daher nicht, dass nur die wenigsten von ihnen an vorherigen Wahlen und Abstimmungen teilgenommen haben



Von den sechs Typen der Nichtwählenden geben vor allem die Inkompetenten und sozial Isolierten Anlass zur Sorge: Sie sind schlicht nicht in der Lage, sich zu beteiligen.



oder anderen Arten politischer Beteiligung nachgehen. Diese Nichtwählenden sind insbesondere in kleinen Haushalten und mittleren bis grösseren Gemeinden zu finden.

- Die **sozial isolierten Nichtwählenden** machen etwa 18 Prozent aus. Ihnen fehlt es weniger an Ressourcen, sondern eher an Motivation und sozialer Einbettung. Das vergleichsweise hohe Bildungsniveau, der seltene Kirchgang und der ledige Familienstand lassen sich durch das im Vergleich jüngste Durchschnittsalter erklären. Besonders auffällig sind die fehlende Kandidatenkenntnis als Grund der Abstinenz, das geringe Vertrauen in die Politik sowie die Seltenheit politischer Diskussionen mit Familie, Freunden oder Kollegen. Isoliert von einem politisch motivierenden Umfeld, fällt es besonders schwer, staatsbürgerliche Rechte, Pflichten und Fähigkeiten zu erlernen und einzuüben.

- Die **politisch verdrossenen Nichtwählenden** sind mit 16 Prozent vertreten. Noch weitaus mehr als der vorherigen Kategorie fehlt es den Mitgliedern dieser Gruppe an der Motivation, sich an Wahlen zu beteiligen. Sie zeigen das geringste politische Interesse, den seltensten Nachrichtenkonsum und das wenigste Wissen über politische Sachverhalte aller Nichtwählergruppen. Zudem besteht ein Mangel an Ressourcen, was ihre Bildung und das Einkommen betrifft. Ferner suggerieren die vergleichsweise hohe Unzufriedenheit mit der Demokratie, das Misstrauen den politischen Institutionen gegenüber, die geringe Parteiidentifikation und der seltene Austausch über Politik, dass die Nichtwahl ein Ausdruck von tiefer sitzendem Verdruss ist. Diese Gruppe ist tendenziell eher in kleinen Gemeinden und dem politisch linken Lager zuhause.

- Die **abstimmenden Nichtwählenden** machen 13 Prozent der Nichtwählerschaft aus. Sie spielen in mancherlei Hinsicht eine

Sonderrolle. Eigentlich vereinen sie viele Voraussetzungen für eine Wahlteilnahme: Vertreter dieses Typs interessieren sich sehr für Politik, lesen häufig politische Nachrichten in der Zeitung und kennen sich in der Politik generell gut aus. Zudem sind ihnen sogar die Kandidierenden bekannt, und Politik erscheint ihnen nicht allzu kompliziert. Allerdings weisen die Mitglieder dieser Gruppe keine allzu grossen Bildungs- und Einkommensressourcen auf. Überdies halten diese Befragten Volksabstimmungen für wichtiger als Wahlen und konsultieren damit lieber die Abstimmungs- als die Wahlurne. Diese abstimmenden Nichtwählenden sind tendenziell jünger und wohnen eher in kleinen Haushalten in grossen Gemeinden.

- Die **unkonventionell Partizipierenden** sind mit nur 9 Prozent die kleinste Gruppe unter der Nichtwählerschaft. Zwar weisen Mitglieder dieser Gruppe einen hohen Grad an politischem Interesse auf und sind sozial recht gut eingebunden. Allerdings fallen die finanzielle Ausstattung und das Humankapital eher gering aus. Auffällig ist in dieser Gruppe der ausgesprochen hohe Anteil ausgeübter unkonventioneller Partizipationsformen abseits der Wahl- und Stimmurne in Bürgerinitiativen, in Parteien oder auf der Strasse. Allerdings ist dies nicht als Protest gegen das politische System zu verstehen. Denn dieser Typus des Nichtwählenden zeichnet sich durch eine grosse Zufriedenheit mit der Demokratie, eine starke Identifikation mit Parteien und durch hohes Vertrauen in die Politik aus. Schliesslich liegt in dieser Gruppe das Durchschnittsalter am höchsten, und es wird am häufigsten im persönlichen Umfeld über politische Themen diskutiert.

### Aus Zufriedenheit

Wie sind diese Ergebnisse nun zu bewerten? Eine geringe Wahlbeteiligung wird innerhalb der Politikwissenschaft generell

differenzierter beurteilt als in der öffentlichen Debatte, in der vielfach und vor schnell über Politikverdrossenheit und das Ende der Demokratie orakelt wird. Allerdings lässt sich mit den zur Verfügung stehenden Umfragedaten kein grundsätzlicher Trend hin zu Misstrauen, Desinteresse und Politikverdrossenheit in der Bevölkerung belegen. Aus diesem Grund erscheint eine vergleichsweise geringe Wahlbeteiligung weit weniger dramatisch und kann zu einem Teil auch als Ausdruck der Zufriedenheit mit dem politischen System gedeutet werden. Zumindest legen dies einige Typen in der Schweizer Nichtwählerschaft nahe.

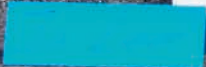
### Aus Ohnmacht und Unvermögen

Mit demokratietheoretischer Sorge müssen dagegen die Gruppen der sozial Isolierten und Inkompetenten betrachtet werden, die schlichtweg nicht in der Lage sind, sich am politischen Prozess zu beteiligen. Hier sind Forderungen nach politischen Interventionen durchaus berechtigt. Dabei sollte es weniger darum gehen, diese Nichtwählergruppen mit allen Mitteln (wie etwa einer Wahlpflicht) zur Teilnahme zu bewegen. Vielmehr ist angeraten, Hindernisse wie die fehlende politische Kompetenz durch vermehrte politische Aufklärung und Bildung zu überwinden.

**Kontakt:** Dr. Matthias Fatke,  
[matthias.fatke@gsi.lmu.de](mailto:matthias.fatke@gsi.lmu.de);  
Prof. Dr. Markus Freitag,  
[markus.freitag@ipw.unibe.ch](mailto:markus.freitag@ipw.unibe.ch),  
Institut für Politikwissenschaft



BUND  
3 + 4





# Welche Partei passt zu mir?

Ob jemand neugierig ist, rasch nervös wird oder rücksichtsvoll mit anderen Menschen umgeht, hat einen Einfluss darauf, zu welcher Partei er sich hingezogen fühlt.

Von Kathrin Ackermann und Markus Freitag

Wir wissen aus Erfahrung, dass sich Menschen in ihrem Talent, ihrer Intelligenz und ihrem Charakter unterscheiden. Wir wissen bislang allerdings nur wenig darüber, wie sich die Persönlichkeit in der Zuneigung zu einer Partei niederschlägt. Diese langfristigen Parteibindungen spielen für die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger eine entscheidende Rolle. Sie werden als gefühlsmässige, stabile und gleichzeitig nicht formalisierte Bindung einer Wählerin an eine Partei verstanden und werden selbst wiederum durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Neuste Forschungen zeigen, dass grundlegende Persönlichkeitseigenschaften mitverantwortlich dafür sind, ob jemand einer Partei zugeneigt ist und um welche Partei es sich dabei handelt.

## «Big Five»-Modell

Persönlichkeitseigenschaften charakterisieren eine Person langfristig. Um diese Eigenschaften empirisch zu erfassen, hat sich innerhalb der Persönlichkeitspsychologie das Fünf-Faktoren-Modell («Big Five») als Standard etabliert. Es geht davon aus, dass sich die Persönlichkeitsstruktur eines jeden Menschen anhand der folgenden fünf übergreifenden Eigenschaften und ihrer unterschiedlichen Ausprägung umfassend beschreiben lässt: Offenheit für Erfahrungen, emotionale Belastbarkeit, Extraversion, Gewissenhaftigkeit und Verträglichkeit. Diese fünf Merkmale gelten als grundlegende Orientierungen, die über Zeit und Situationen hinweg weitestgehend stabil sind und zumindest teilweise eine

genetische Grundlage haben oder in früher Kindheit entwickelt werden.

Offenheit für Erfahrungen steht dabei für die Bereitschaft zur Abwechslung und für eine positiv verstandene intellektuelle Neugier. Eine offene Person kann als vielfältig interessiert, einfallreich, intelligent, originell und neugierig beschrieben werden. Gewissenhaftigkeit umfasst ein Bedürfnis nach Zuverlässigkeit, Ordnung, Beharrlichkeit und Leistung. Gewissenhafte Personen gelten als organisiert, genau, strukturkonservativ, verantwortungsvoll und vorsichtig. Emotionale Belastbarkeit geht mit Ruhe und Gelassenheit sowie einer hohen Stressresistenz einher. Menschen mit einer geringen emotionalen Belastbarkeit gelten indes als besorgt, unsicher, angespannt, nervös, unruhig und ängstlich. Extraversion wird mit einem Streben nach sozialem Austausch und Dominanz, aber auch nach Aufmerksamkeit in Verbindung gebracht. Eine extrovertierte Person kann als gesprächig, gesellig, durchsetzungsfähig, aktiv, energievoll und kontaktfreudig charakterisiert werden. Verträglichkeit ist schliesslich die Eigenschaft, welche einen Menschen im Umgang mit anderen beschreibt. Verträgliche Personen suchen harmonische Beziehungen und gelten als mitfühlend, gütig, verständnisvoll, herzlich und kooperativ.

## Sich selbst in einer Partei wiedererkennen

Es wird angenommen, dass diese Persönlichkeitseigenschaften die Werte, Einstellungen und Verhaltensweisen eines Menschen nachhaltig beeinflussen. Mit Blick auf die Parteineigung gibt die Ausprägung bestimmter Persönlichkeitseigenschaften zunächst einmal vor, ob jemand überhaupt eine Bindung an eine bestimmte Partei verspürt. Entsprechend dem Grundgedanken, dass Menschen sich zu Ähnlichem hingezogen fühlen, wenden sie sich

Persönlichkeitseigenschaft	Messung «Big Five Inventory» (Kurzversion) Ich bin jemand, der ...
Offenheit für Erfahrungen	... originell ist, neue Ideen einbringt. ... künstlerische Erfahrungen schätzt. ... eine lebhaft Phantasie, Vorstellungen hat.
Emotionale Belastbarkeit	... entspannt ist, mit Stress umgehen kann. ... sich selten Sorgen macht. ... selten nervös wird.
Extraversion	... aus sich herausgehen kann, gesellig ist. ... nicht zurückhaltend ist. ... kommunikativ, gesprächig ist.
Gewissenhaftigkeit	... gründlich arbeitet. ... Aufgaben wirksam und effizient erledigt. ... selten faul ist.
Verträglichkeit	... fast nie grob zu anderen ist. ... verzeihen kann. ... rücksichtsvoll und freundlich mit anderen umgeht.

Persönlichkeitseigenschaften der «Big Five» und ihre Messung.



	SVP	SP	FDP	CVP	GP	GLP	BDP
Offenheit für Erfahrungen					+		
Emotionale Belastbarkeit		-		-	+		
Extraversion					-		
Gewissenhaftigkeit	+						
Verträglichkeit			-	+			

Zusammenhänge zwischen Persönlichkeitseigenschaften und Parteibindung.

denjenigen Parteien und Politikern zu, in deren politischen Programmen und Erklärungen sie die grössten Übereinstimmungen zum eigenen Lebensstil, eigenen Werten und Visionen oder Weltanschauungen wiederfinden: Sag mir, wie du bist, ich sag, wer zu dir passt.

Basierend auf Daten einer Schweizer Bevölkerungsumfrage aus dem Jahr 2012 und mit Hilfe statistischer Verfahren erörtern wir die Beziehungen zwischen Persönlichkeit und Parteibindung für die aktuell im Bundesrat vertretenen Parteien (SVP, SP, FDP, CVP und BDP) sowie die beiden grünen Parteien (GP und GLP). Zur Ausmessung ihrer Persönlichkeit wurden den rund 1000 Befragten 15 Aussagen vorgelegt, zu denen sie eine Selbsteinschätzung der eigenen Charaktereigenschaften abgeben sollten.

### Gelassene tendieren zu den Grünen, Besorgte zur SP oder CVP

Wir kommen zum Schluss, dass beispielsweise die Wahrscheinlichkeit einer Parteibindung an die Grüne Partei der Schweiz (GP) für eine sehr offene Person höher ist als für eine Person mit geringer Offenheit für Erfahrungen. Neben Neugierde und Intellekt wird offenen Personen eine tolerante und liberale Haltung gegenüber neuen Ideen und anderen Lebensformen sowie der Antrieb zugesprochen, gesellschaftliche Normen und Werte kritisch zu hinterfragen. Diese Haltungen finden sie am stärksten bei den Grünen wieder (siehe Tabelle oben).

Ebenso lässt eine ausgeprägte emotionale Belastbarkeit eine Parteineigung in Richtung der GP wahrscheinlicher werden. Im Vergleich zu sorgenvollen und verun-

sicherten Personen weisen emotional belastbare Befragte jedoch mit geringerer Wahrscheinlichkeit eine Bindung an die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) oder die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) auf. Umgekehrt heisst dies, dass Menschen sich vor allem zu Parteien mit betont sozialem Profil hingezogen fühlen, wenn sie sich sowohl um die eigene materielle Lage sorgen als auch Unsicherheiten hinsichtlich der Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft verspüren.

Extrovertierte Menschen neigen den Grünen indes weniger stark zu als Introvertierte. Die Gründe hierfür könnten zum einen in den tendenziell eher konservativen Einstellungen extrovertierter Personen in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen liegen. Zum anderen entsprechen die eher basisdemokratischen Entscheidungsmechanismen der Grünen Partei wenig dem Streben eines Extrovertierten nach sozialer Dominanz.

### Pflichtbewusste neigen zur SVP, Harmoniesuchende meiden die FDP

Gewissenhafte Personen zeichnen sich wiederum durch ein starkes Bewusstsein für Pflichten und Hierarchien sowie durch eine Vorliebe für Ordnung und Struktur aus und nehmen häufig konservative Werthaltungen ein. Im politischen Raum spiegelt die Schweizerische Volkspartei (SVP) diese Werte und Haltungen am ehesten wider. Entsprechend ist eine sehr gewissenhafte und pflichtbewusste Person tendenziell auch eher der SVP zugeneigt als eine weniger gewissenhafte Person.

Verträglichkeit wiederum erhöht die Wahrscheinlichkeit einer Bindung an die CVP. Weist eine Person eine hohe Verträglich-

keit auf, sinkt hingegen die Wahrscheinlichkeit einer Bindung an die Freisinnig-Demokratische Partei. Die Liberalen (FDP). Die «Netten» sind also vor allem der CVP zugeneigt. Deren christliche Wurzeln und Grundwerte der Solidarität und Kooperation wirken auf verträgliche Personen anziehend. Ein auf Wettbewerb setzendes wirtschaftsliberales Profil etwa des Freisinns lehnen Harmonie suchende Menschen hingegen eher ab. Mitunter scheint der neue Programmschwerpunkt des Gemeinns hier anzusetzen und die FDP für neue Wählerinnen und Wähler attraktiv zu machen.

### Persönlichkeit ist entscheidend für Parteibindung

Für die beiden jüngsten Parteien im politischen System der Schweiz – die Grünliberale Partei (GLP) und die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) – zeichnen sich in unseren Analysen keine signifikanten Zusammenhänge zwischen Persönlichkeitseigenschaften und Parteibindung ab. Ihre Programmatik scheint noch zu neuartig und diffus, als dass sie ein eindeutiges Persönlichkeitsprofil von Wählern anspricht.

Zusammengefasst zeigen unsere Analysen, dass Persönlichkeitseigenschaften für die gefühlsmässige und stabile Bindung der Wählerinnen an Parteien durchaus relevant sind und bisweilen einen stärkeren Einfluss ausüben als die herkömmlichen soziodemografischen Merkmale.

**Kontakte:** Kathrin Ackermann, [kathrin.ackermann@ipw.unibe.ch](mailto:kathrin.ackermann@ipw.unibe.ch);  
Prof. Dr. Markus Freitag, [markus.freitag@ipw.unibe.ch](mailto:markus.freitag@ipw.unibe.ch);  
Institut für Politikwissenschaft

# Grünliberal – ist der Name schon Programm?

Grünliberal ist mehr als ein Schlagwort, wie eine vertiefte Analyse der GLP und ihrer grünen und freisinnigen Wurzeln zeigt: Die Partei füllt mit eigenständigen Positionen über ihre Kernthemen hinaus eine Lücke. Dies birgt neben Chancen auch Probleme.

Von Isabelle Stadelmann-Steffen  
und Karin Ingold

Die Grünliberale Partei (GLP) der Schweiz gehört zu den grossen Gewinnerinnen der nationalen Wahlen 2011. Erst 2007 von den schon bestehenden Sektionen in den Kantonen St. Gallen und Zürich auf nationaler Ebene gegründet, konnte sie sich bereits bei ihren zweiten Wahlen als nationale Partei etablieren. Im Vorlauf der nationalen Parlamentswahlen 2007 und 2011 wurde der GLP trotz wachsender Strukturen vermehrt «programmatische Unschärfe» vorgeworfen. Dies wurde durch die Tatsache bestärkt, dass die GLP erst im Oktober 2014 die Leitlinien zu den inhaltlichen und strategischen Programmschwerpunkten einheitlich und in allen Sektionen veröffentlichte. Ausserdem wurde der Aufstieg der GLP mit wenigen Ausnahmen von politischen Neueinsteigern geprägt. Es wäre deshalb zu einfach, die GLP als Abspaltung der Liberalen oder der Grünen zu bezeichnen. Auch wenn der Name klare Worte spricht – so offensichtlich ist es nicht. Es stellt sich also die Frage, wie stark sich die grünen respektive freisinnigen Wurzeln der GLP in ihrer aktuellen Politik niederschlagen. Oder kurz: Ist grün-liberal schon Programm?

Diese Frage möchten wir sowohl aus der Perspektive der Basis wie auch der Parteielite erörtern. Einerseits gilt es, die Wählerschaft der GLP zu erfassen und zu veranschaulichen, wer die GLP wählt und an welche politischen Vorstellungen diese Unterstützung gebunden ist. Hierzu verwenden wir Befragungsdaten der Schweizer

Wahlstudie. Andererseits stellt sich die Frage, wo sich die Partei selbst positioniert und inwiefern sie dabei den Präferenzen ihrer Wählerschaft entspricht. Um diese Elitebetrachtung einzubringen, haben wir die Positionen der GLP in Vernehmlassungsantworten untersucht.

## Abgrenzung gegen links wie rechts

Zwar ist davon auszugehen, dass für die GLP das Thema Umwelt zentral ist. Um ihre Positionierung vor dem Hintergrund der neuesten Parteienforschung und auch im Vergleich mit anderen Parteien umfassend einzuordnen, stellt sich jedoch weiter die Frage, wo sich die Partei beziehungsweise ihre Wählerschaft im Hinblick auf die anderen grossen Konfliktlinien im Schweizer Parteiensystem positioniert. Wir unterscheiden deshalb drei Wertedimensionen: den «alten» ökonomischen Konflikt um die Frage, wie stark der Staat in den Markt intervenieren soll (insbesondere über Sozialpolitik), die Einstellungen im Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie sowie die Einstellungen betreffend Öffnung und Schliessung (insbesondere Immigration, supranationale Integration). In unserer zentralen Hypothese formulierten wir dabei die Erwartung, dass die GLP mit ihrer Kombination aus «grün» und «liberal» im Schweizer Parteiensystem eine Lücke füllt.

Unsere Befunde bestätigen zunächst das Alleinstellungsmerkmal der GLP: Ähnlich wie die bürgerlichen Parteien steht die GLP der sozialen Umverteilung sowie Steuer-

erhöhungen skeptisch und differenziert gegenüber. Sie betont aber klar die Einführung von ökologischen Steuern sowie Steuererleichterungen für erneuerbare Energien. Ebenso stark wie die linken Parteien befürwortet sie soziale Investitionen, betont aber wie die FDP die Notwendigkeit ihrer Marktwirtschaftlichkeit und finanziellen Nachhaltigkeit. Die Betrachtung von Wählerschaft und Parteilite unterstützt die Sichtweise, dass sich die GLP damit sowohl von den linken wie auch von den bürgerlichen Parteien abgrenzen kann.

## Weniger grün als die Linken

Zweitens erscheint die GLP in unseren Analysen etwas weniger «grün» als man erwarten könnte. In der Tat befürwortet die Partei im Konflikt Ökonomie-Ökologie nicht ganz klar und immer die ökologische Komponente. Sie grenzt sich sicher von den bürgerlichen Parteien ab, indem sie den Atomausstieg, die nachhaltige Ressourcennutzung und den Landschaftsschutz fordert. Anders als die linken Parteien weist sie aber grundsätzlich auf marktorientierte Lösungen wie die ökologische Steuerreform hin. Wird das Augenmerk auf protektionistisch-ökologische Anliegen gelegt, kann die GLP nicht nur als weniger «grün» als die Grüne Partei, sondern auch als weniger ökologisch als die SP bezeichnet werden. Analog dazu zeigen die untersuchten Vernehmlassungsantworten, dass die ökonomischen Belange zwischen 2011

und 2014 von der GLP relativ häufiger zur Sprache kamen als die ökologischen Anliegen.

Diese Ergebnisse zeugen davon, dass die GLP den die Umweltpolitik prägenden Konflikt – zwischen ökologischem Nutzen und ökonomischen Kosten – inhärent in sich vereint. Konkret bedeutet dies, dass umweltpolitischen Anliegen zwar normativ hohe Priorität eingeräumt werden, die Unterstützung jedoch typischerweise drastisch sinkt, wenn es um konkrete Massnahmen geht, die mit kurzfristigen und gut sichtbaren ökonomischen Kosten verbunden sind.

Die GLP unterstützt weiter die gesellschaftliche und wirtschaftliche Öffnung der Schweiz und nimmt so eine kulturell-liberale Haltung ein. Dies gilt jedoch stärker für die Elite als für die Basis. Zwar lässt auch die Analyse der Wählerschaft auf einen gemässigten Standpunkt in der EU- und der Ausländerfrage schliessen. Doch zeigt die Analyse der Vernehmlassungen, dass die GLP-Elite einerseits die Öffnung der Schweiz tendenziell stärker befürwortet als ihre Wählerschaft und andererseits vor allem kulturelle, religiöse und nicht zuletzt individuelle Selbstbestimmung äusserst hoch gewichtet. Schliesslich zeugt sowohl die Elite- wie die Basis-Perspektive von einer starken Befürwortung sozialer Investitionen. Anders als vor dem Hintergrund ihrer liberalen Komponente erwartet, gleicht die GLP in dieser Hinsicht stärker den linken als den bürgerlichen Parteien.

### **Eigenständig, aber auch isoliert**

Zusammenfassend zeigen unsere Resultate, dass die GLP durchaus für eine Kombination von liberalen und ökologischen Wertehaltungen steht. Die Sichtweise, wonach sich die GLP in Umwelt- und Verkehrsfragen links und ansonsten rechts positioniert, ist also verkürzt. Über die verschiedenen politischen Themen nimmt die GLP eine spezifische Mischung von Positionen ein, die sich klar von jener anderer Parteien unterscheidet. Diese Eigenständigkeit dient aber nicht nur als Erkennungsmerkmal der GLP, sondern kann auch eine gewisse Isolierung bedeuten. Letztere wurde bei der ersten lancierten Volksinitiative der GLP zur Energie- statt Mehrwertsteuer deutlich: Die Grünliberalen haben es nicht geschafft – weder nach links, noch nach rechts – eine kritische Masse an Verbündeten zu finden, welche diese Vorlage unterstützten. Und dies obwohl sie sowohl Energieeffizienz und Klimaziele wie auch marktwirtschaftliche Anreize und steuerliche Erleichterungen beinhaltete. Am 8. März 2015 scheiterte die Vorlage mit 92 Prozent Nein-Stimmen an der Urne deutlich: Die Kombination von ökologischen Anliegen mit marktwirtschaftlichen Anreizen mochte die Schweizer Bürgerinnen und Bürger einmal mehr nicht zu überzeugen.

Grundsätzlich füllt die GLP also eine Lücke; und dies nicht nur im Umweltbereich. Gerade die differenzierte Betrachtung unterschiedlicher sozialpolitischer Dimensionen wie auch des Einbezugs der «neuen»

gesellschaftlichen Spaltung bezüglich Öffnung und Schliessung zeigt, dass die GLP über umweltpolitische Belange hinaus eine «andere» Position einnimmt als die ihr nominell ähnlichsten Parteien. Mit anderen Worten: Die Abgrenzbarkeit der GLP gilt für beide Attribute im Parteinamen. Dabei sind zwei Einschätzungen möglich: Negativ ausgedrückt ist die GLP weder richtig grün noch richtig liberal. Positiv ausgedrückt ist sie beides ein bisschen.

**Kontakte:** Prof. Dr. Isabelle Stadelmann-Steffen; [isabelle.stadelmann@ipw.unibe.ch](mailto:isabelle.stadelmann@ipw.unibe.ch);  
Prof. Dr. Karin Ingold,  
[karin.ingold@ipw.unibe.ch](mailto:karin.ingold@ipw.unibe.ch);  
Institut für Politikwissenschaft



# Wie Geld im Wahlkampf wirkt

Mehr Geld, mehr Erfolg? Ganz so einfach ist es nicht in der Schweizer Politik. Doch Geld bestimmt die Fähigkeit einer Partei, bei Wählerinnen und Wählern vorhandene Bindungen zu stärken, schwache Parteibindungen zu entwickeln und den Wechsel ursprünglicher Wahlabsichten zu verhindern.

Von Claude Longchamp und Cloé Jans

Der Einfluss von Geld auf Wahlen in der Schweiz wird in den Massenmedien regelmässig thematisiert und zuweilen auch beklagt. Basis der Diskussion sind die unterschiedlich hohen finanziellen Mittel der einzelnen Parteien: Mehr Geld bedeutet einen besseren Wahlkampf und höhere Wahlwahrscheinlichkeiten – so die häufig suggerierte simple Gleichung. Im Vergleich zu dieser etwas kurz gegriffenen Analyse geht die Politikwissenschaft systematischer vor. Sie sucht nach Gesetzmässigkeiten und robusten Zusammenhängen zwischen dem finanziellen Mitteleinsatz einerseits und den Wahlergebnissen andererseits. Pionierleistungen hat hier der Amerikaner Paul Lazarsfeld mit seiner Typologie zur Wahlentscheidung und dem Einfluss politischer Kampagnen erbracht. Diese bildet adaptiert denn auch die Basis für diesen Beitrag (siehe Tabelle unten).

Gemäss Lazarsfeld und den Forschenden in seiner Tradition hat jeder Mensch aufgrund seines sozialen Umfelds und seiner Erfahrungen gewisse Wertmuster und Vorstellungen verinnerlicht – sogenannte Prädispositionen. Die Wirkung einer politischen Kampagne ist dabei immer im Zusammenhang mit diesen zu sehen. Im vorliegenden Artikel diskutieren und illustrieren wir das Zusammenspiel von Prädispositionen und Wahlentscheid und daraus

abgeleitet die Wirkungen von Kampagnen am Beispiel der Nationalratswahlen in der Schweiz. Als Grundlage dienen dabei die Daten der Swiss Electoral Studies (Selects), welche die Abbildung von Meinungsbildung und Kampagneneffekten erlauben.

## Meinungsverstärkung

Von Meinungsverstärkung ist dann die Rede, wenn eine Person bereits vor Beginn des Wahlkampfes die feste Absicht hegt, an der Wahl teilzunehmen, weiss, wen sie wählen wird und der Wahlentscheid entsprechend der eigenen Prädisposition ausfällt. Auf einer Makro-Ebene kann man davon ausgehen, dass das sogenannte verlässliche Wählerpotenzial dem Anteil der Stimmberechtigten entspricht, bei dem ein Verstärkungseffekt zu beobachten ist: Je besser dieses ausgeschöpft wird, desto grösser der Verstärkungseffekt.

Die Daten legen nahe, dass die SVP im Jahr 2011 die höchste Meinungsverstärkungsquote vorweisen konnte. 81 Prozent der Personen, die am Schluss effektiv SVP wählten, hatten schon immer die Absicht, dies zu tun. Mit einem deutlich tieferen Wert folgen die CVP (58 %), die FDP (56 %) und die SP (54 %). Nochmals geringer war die Meinungsverstärkung bei den Grünen (37 %), der BDP (27 %) und der GLP (24 %).

Es fällt auf, dass die Meinungsverstärkung ziemlich gut mit der schliesslich erreichten Parteistärke übereinstimmt und rechts der Mitte etwas höher ausfällt als links. Es gibt somit zwei Faktoren, die mit Meinungsverstärkung zusammenhängen: Das politische Lager einerseits und die Parteigrösse andererseits. Das verlässliche Potenzial der CVP und BDP wurde beispielsweise als etwa gleich hoch eingeschätzt, am Wahltag zeigte sich jedoch, dass die CVP ihres deutlich besser ausschöpfen konnte. Die SP lag hinsichtlich des verlässlichen Wählerpotenzials gar vor der SVP, die ihre Möglichkeiten zur Meinungsverstärkung aber deutlich besser ausschöpfte.

Wie in der Grafik (siehe Seite 23) ersichtlich, stimmt nun der Grad der Meinungsverstärkung in erheblichem Masse mit dem Mitteleinsatz einer Partei im Wahlkampf überein: Die SVP hatte am meisten Geld zur Verfügung und auch die grösste Meinungsverstärkung – bei der GLP war es umgekehrt. Gliedert man dies nun nach Lagern, so liegt das bürgerliche Lager sowohl hinsichtlich des Mitteleinsatzes als auch der Meinungsverstärkung vor dem rot-grünen Lager. In diesem Sinne haben wir, zumindest was diesen ersten Kampagneneffekt betrifft, Hinweise auf den Einfluss von Geld in Schweizer Wahlkämpfen.

## Meinungsaufbau

Um den Meinungsaufbau zu erfassen, wird statt des verlässlichen das maximal mögliche Wählerpotenzial betrachtet. Dieses gibt nicht Auskunft darüber, wie gross das wahrscheinliche Wählerpotenzial einer Partei ist, sondern wie gross der Anteil Wahlberechtigter ist, der sich theoretisch die Wahl einer bestimmten Partei vorstellen kann.

Im Jahr 2011 waren die SP und die GLP die am breitesten «wählbaren» Parteien, gefolgt von der FDP, der GPS und der SVP. Die geringsten maximalen Potenziale

	Parteientscheidung	Teilnahmeentscheidung
<b>Meinungsverstärkung</b>	im Sinne der Prädisposition (verinnerlichte Werte und Einstellungen)	feste Teilnahmeabsicht
<b>Meinungsaufbau</b>	ohne oder mit nicht eindeutiger Prädisposition	ohne feste Teilnahmeabsicht
<b>Meinungsänderung</b>	gegen die Prädisposition	feste Teilnahmeabsicht

Die drei möglichen Wirkungen von Wahlkampagnen (und damit von Geld) auf Partei- und Wahlteilnahme-Entscheidungen.



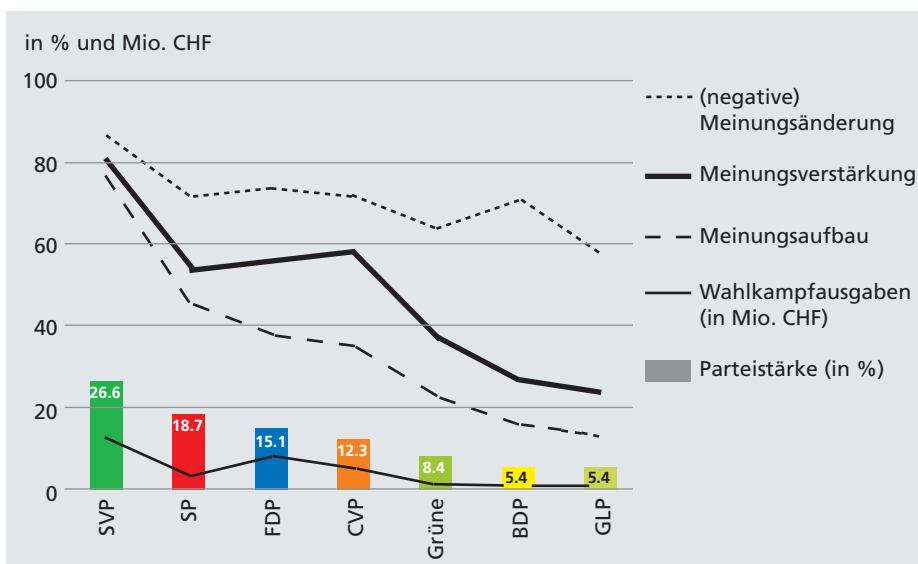


wiesen die CVP und die BDP aus. Die effektive Realisierung dieser Potenziale (siehe Grafik) sah aber auch hier wieder etwas anders aus. Auch hier liegt die SVP an der Spitze. Sie verzeichnet mit der Ausschöpfung von rund 77 Prozent ihres maximalen Wählerpotenzials den grössten Meinungsaufbau, mit deutlichem Abstand gefolgt von der SP (46 %). Die FDP kommt noch auf 38 Prozent und die CVP auf 35, während der Wert der restlichen Parteien unter 30 Prozent zu liegen kommt. Im Gegensatz zur Meinungsverstärkung liegt hier der Zusammenhang zu den finanziellen Mitteln weniger deutlich auf der Hand. Bei den kleinen Parteien gilt zwar noch immer: weniger Geld gleich weniger Meinungsaufbau. Bei den grösseren Parteien jedoch stimmt dies nicht mehr. Zwar liegt die SVP auch hier an erster Stelle, der zweitbeste Meinungsaufbau gelingt jedoch der SP. Hier zeichnet sich also eher eine Dynamik hin zu den Polparteien ab, als dass eine Entwicklung nach politischen Lagern zu beobachten wäre wie dies bei der Meinungsverstärkung der Fall ist.

### Meinungsänderung

Der Effekt der Meinungsänderung liegt dann vor, wenn eine Person an der Wahl teilnimmt, der finale Entscheid jedoch entgegen den eigenen langjährigen Prädispositionen ausfällt. Die aus Selects-Daten ermittelten Meinungsänderungen bei den Wahlen 2011 zeichnen dabei ein Bild, das den oben erläuterten Befunden ähnelt: Auch hier konnte die SVP am besten verhindern, dass der Wahlkampf eine Meinungsänderung zu ihren Ungunsten nach sich zog. Stellt man anders als bei der eher diffusen Meinungsverstärkung hier auf die fest geäusserte Absicht ab, die SVP zu wählen, so wurde diese von 87 Prozent am Wahltag auch effektiv eingelöst. Der FDP hielten die Wählenden zu 74 Prozent die Treue, gefolgt von der SP und der CVP mit je 72 Prozent, der BDP mit 71 Prozent, der GPS mit 64 und der GLP mit 58 Prozent. Mit anderen Worten: Bei der GLP war der Anteil Personen, die in einer ersten Befragung angaben, die GLP wählen zu wollen, diese Absicht am Wahltag aber nicht effektiv einlösten, am grössten. Grundsätzlich gilt auch hier: Je grösser eine Partei, desto weniger laufen die Wähler (relativ gesehen) zu einer anderen Partei über.

Auch hier bietet sich überdies eine Differenzierung nach politischen Lagern an: Am meisten Wähler verlor die GLP, gefolgt von der GPS. Die mit der GLP vergleichbar kleine BDP hingegen verfügte über deutlich treuere Wähler. Was den Erhalt ursprünglich zugeneigter Wähler betrifft, kann es also einzig die grosse SP mit dem bürgerlichen Lager aufnehmen. Naheliegender-



Je grösser eine Partei ist und je grösser ihr Wahlkampfbudget, desto besser gelingt es ihr, das verlässliche Wählerpotenzial auszuschöpfen («Meinungsverstärkung»), unentschlossene Wähler auf ihre Seite zu ziehen («Meinungsaufbau») und zu verhindern, dass ihre Sympathisanten zu anderen Parteien überlaufen («negative Meinungsänderung»).

weise kam die grösste Konkurrenz dabei von den Parteien im nächsten Umfeld: Die GLP und die CVP verloren an die FDP, die wiederum Anteile an die SVP abtreten musste, während die GPS Wähler an die SP verlor. Die BDP verlor an sämtliche bürgerliche Parteien, wogegen die SVP an niemand anderes auffällig verlor. Indem das bürgerliche Lager insgesamt leicht besser aus dem Kampf um die Konversion bereits entschiedener Wähler heraussticht, ist dementsprechend hier – abgesehen von der Parteiengrösse – auch der Zusammenhang mit den vorhandenen finanziellen Mitteln wieder leicht grösser als dies beim Meinungsaufbau der Fall war.

### Kampagnen wirken auf allen drei Ebenen

Was sagen uns nun die hier diskutierten Befunde? Bis anhin wurde stets danach gefragt, inwiefern Geld im Wahlkampf den Wahlerfolg im Sinne einer Veränderung zur vorhergehenden Wahl zu beeinflussen vermag. Diese Frage steht hier nicht im Zentrum. Was hingegen diskutiert wird, ist der mögliche Effekt von Kampagnen während des Wahlkampfs und auf das Endergebnis. Es finden sich nun eine Reihe von Anhaltspunkten, die dafür sprechen, dass zwischen der Stärke einer Partei, deren Wahlkampfesgaben und den Wahlergebnissen Korrelationen bestehen. Die aufgezeigten Zusammenhänge sind insgesamt stets gleich gerichtet.

Das zeigt sich am klarsten bei der Meinungsverstärkung, aber auch bei Meinungsaufbau und der Verhinderung von

Meinungsänderung. In diesem Sinne können diese drei Effekte auch als Funktion von Geld in politischen Kampagnen beschrieben werden. Die hier vorgestellten Konzepte helfen somit also, die Effekte von Wahlkämpfen, in diesem Fall von Geld in Wahlkämpfen, genauer zu beschreiben und zu differenzieren. Die Datenlage zur Untersuchung dieser Phänomene ist jedoch leider nach wie vor kaum vorhanden. Nichtsdestotrotz – oder gerade deswegen – lohnt es sich umso mehr, diese Fragen weiter zu verfolgen. Das zeigen die hier diskutierten Zusammenhänge auf. Auch als Anregung an weiterführende Forschung leiten wir aus unseren Untersuchungen die folgenden Thesen ab:

- These 1: Geld korreliert im Wahlkampf insbesondere mit der Stärke einer Partei, bestimmt aber nicht in erster Linie deren Veränderung hinsichtlich der Wählerstärken von Wahl zu Wahl.
- These 2: Geld bestimmt im Wahlkampf die Fähigkeit einer Partei, vorhandene Bindungen zu stärken, schwache Parteibindungen zu entwickeln und den Wechsel ursprünglicher Wahlabsichten zu verhindern.
- These 3: Wachsende Summen an Geld in der Politik sind Ausdruck einer allgemeinen Veränderung der politischen Kommunikation hin zur Kommerzialisierung, die nicht zuletzt im Zusammenhang mit Wahlen stattfindet.

**Kontakte:** Claude Longchamp, [claudelongchamp@ipw.unibe.ch](mailto:claudelongchamp@ipw.unibe.ch); Cloé Jans, [cloe.jans@gfsbern.ch](mailto:cloe.jans@gfsbern.ch); Institut für Politikwissenschaft und gfs.bern



# Parteien sind polarisiert, die Gesellschaft ist es nicht

Als Pol-Parteien politisieren SVP und SP radikaler als die grossen Parteien in anderen europäischen Ländern. Zieht sich also ein tiefer Graben durch unsere Gesellschaft – auf der einen Seite die fremdenfeindlichen, auf der anderen die welt-offenen Schweizer? Die Fakten sehen anders aus.

Von Klaus Armingeon und Sarah Engler

Fast nirgendwo in den europäischen Demokratien sind die programmatischen Positionen der grossen Parteien so weit voneinander entfernt wie in der Schweiz. In der neueren Parteienforschung werden drei grosse Konflikte benannt, die unsere europäischen Gesellschaften prägen: Erstens zwischen mehr und weniger Staats-eingriffen in Wirtschaft und Gesellschaft. Zweitens zwischen libertären und konservativ-autoritären Werten. Und schliesslich drittens zwischen einer internationalen Öffnung oder Schliessung des Landes. Dazu gehören insbesondere die EU-Debatte sowie Migrationsfragen. Entlang dieser drei Dimensionen – und ganz besonders entlang der Dimension Öffnung-Schliessung – ist die Schweiz stark polarisiert. Dabei ist ein Pol durch die stimmenstarke SVP besetzt, der andere durch die SP und die Grünen.

Für diese Polarisierung und die starke Position der SVP werden häufig zwei Erklärungen angeboten. Die Schweiz sei als Sonderfall auch heute noch ein kulturell-politisch tief gespaltenes Land. Die einzelnen Gruppen hätten ganz andere Werte und Ziele, die von den Parteien unverfälscht repräsentiert würden – und dennoch habe man gelernt, konstruktiv miteinander umzugehen. Weniger herzlich ist eine zweite Interpretation: Die Polarisierung der Parteien entspreche der Polarisierung der Gesellschaft. Weil sich die Bürger in der Frage der Abschottung des

Landes und der Einstellung zu Ausländern in zwei Gruppen spalteten und im Durchschnitt die Fremdenfeindlichkeit eben hierzulande sehr ausgeprägt sei, machten auch Parteien mit fremdenfeindlicher Programmatik im internationalen Vergleich viele Stimmen. Die Zusammenhänge sind jedoch komplizierter und sie passen nicht in das Bild der kulturell tief gespaltenen oder der besonders xenophobielastigen Schweiz.

## **Fremdenfreundliche und weltoffene Schweizer**

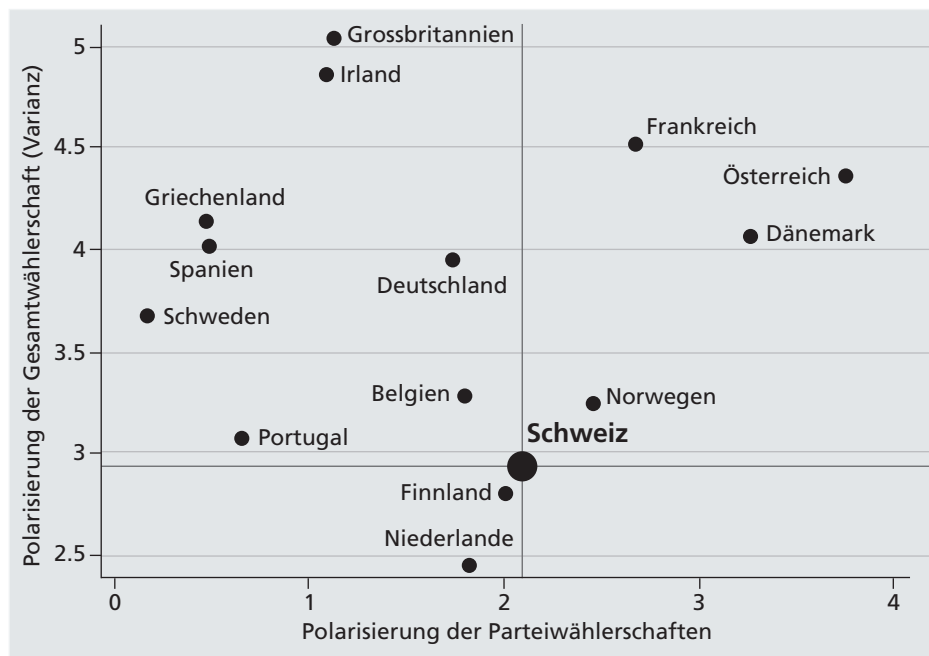
Die SVP wird mit wenigen Ausnahmen in der Parteienforschung zusammen mit dem Front National oder den österreichischen Freiheitlichen als rechtspopulistische Partei klassifiziert. Weil die Schweiz eine besonders grosse rechtspopulistische Partei hat, könnte man auch auf eine besonders grosse Gruppe von Bürgern mit sehr rechten Einstellungen schliessen. Das relativ geringe Ausmass der Fremdenfeindlichkeit in der Schweiz und die schwache Polarisierung in dieser Frage werden dabei jedoch übersehen. Wir haben den European Social Survey (ESS) ausgewertet und gefragt, wie stark fremdenfeindliche Aussagen unterstützt werden und wie tief der Einstellungsgraben in dieser Frage ist. Nur in Schweden, Finnland und Dänemark waren die Bevölkerungsmittelwerte auf der Fremdenfeindlichkeitsskala geringer, dafür in zwölf europäischen Ländern

höher. Spitzenreiter waren Österreich und Griechenland.

Dennoch ist Xenophobie in der Schweiz keine Quantité négligeable. Immerhin fast ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger stimmen der Aussage zu, dass es sich in der Schweiz wegen der Zuwanderer schlechter leben lässt. In anderen Ländern ist dieser Prozentsatz freilich noch viel höher. In Österreich ist fast die Hälfte dieser Meinung. Unsere Daten lassen deshalb vermuten, dass in den anderen Ländern Vorlagen wie Minarett- oder Masseneinwanderungsinitiativen noch wichtiger unterstützt worden wären, wenn es dort direkt-demokratische Abstimmungen gäbe.

## **Schlechte Voraussetzungen für Rechtspopulisten**

Auch der Graben zwischen den eher fremdenfeindlichen und den eher fremdenfreundlichen Gruppen ist viel weniger tief als in den meisten anderen Ländern. Die Schweizer Wähler und Wählerinnen weisen nach den Niederländern und Finnen die tiefste Polarisierung auf (siehe Grafik Seite 26). Wir messen dabei die Polarisierung als Streuung der Einstellungswerte aller Befragten. Die Voraussetzungen für eine polarisierende rechtspopulistische Partei in der Schweiz sind deshalb besonders unvorteilhaft. Dies erstaunt, weil hierzulande Abstimmungen mit xenophoben Ausrichtungen sehr erfolgreich waren



Die Einstellungen unter den Schweizer Wählerinnen und Wählern zur Frage der Öffnung respektive Schliessung des Landes unterscheiden sich vergleichsweise schwach («Polarisierung der Gesamtwählerschaft») – allerdings unterscheiden sich in der Schweiz die Meinungen zwischen den Wählerschaften einzelner Parteien vergleichsweise stark («Polarisierung der Parteiwählerschaften»).

und das Land vermeintlich in zwei Lager spalteten. Diese Spaltung ist aber nur auf der Parteiebene sichtbar – hier dafür umso deutlicher. Wir berechnen die Polarisierung des Parteiensystems als Differenz eines auf Parteiprogrammatiken basierenden Indexwertes der jeweiligen Polparteien. Mit der SVP als klarer Einwanderungsgegnerin und einer SP, die stärker als andere europäische Sozialdemokratien die Befürworter-Rolle einnimmt, ist das Schweizer Parteiensystem so polarisiert wie kaum in einem anderen westeuropäischen Land. Lediglich Österreich weist einen höheren Polarisierungsgrad auf der Parteiebene auf.

Auswertungen zu den zwei anderen grossen politischen Konflikten unserer Zeit zeigen ein ähnliches Bild: Obwohl die Positionen der Parteien weit auseinanderliegen, sind die Wähler und Wählerinnen im internationalen Vergleich gar nicht so uneins – mit Polarisierungswerten im europäischen Mittelfeld. Unser Kokettieren mit der kulturell tief gespaltenen und dennoch so harmonischen Gesellschaft hat also mit der Gegenwart wenig zu tun.

### Die strategische Leistung der SVP

Wenn die SVP als rechtspopulistische Partei in der Schweiz keine besonders günstigen Voraussetzungen für einen Aufstieg hat, wie kann man dann ihre programmatischen Entscheidungen und ihren Wahlerfolg erklären? Es liegt auf der Hand, dass die direkte Demokratie vielerlei Chancen bietet, das begrenzte rechtspopulistische Potenzial zu mobilisieren. Ebenso ist offenkundig, dass sich die SVP-Wählerschaft zusätzlich

zum rechtspopulistischen Kern auch aus der traditionellen protestantisch-wertkonservativen Gruppe zusammensetzt.

Ein drittes Element kommt hinzu: Wie kaum einer anderen europäischen Partei ist es der SVP gelungen, den neuen und zentralen politischen Konflikt zwischen Öffnung und Schliessung, zwischen «unsere Gemeinschaft» und «die anderen» präzise zu thematisieren und zum Kernprogramm zu machen. So konnte sie im internationalen Vergleich aus einer wenig polarisierten Wählerschaft mit insgesamt geringer Neigung zur Fremdenfeindlichkeit sehr erfolgreich und effizient jene gewinnen, die sich durch Globalisierung, Europäisierung und Erosion nationalstaatlicher Souveränität besonders bedroht fühlen. In diesem Sinne ist die SVP Meisterin im Herausortieren ihrer Wählerschaft aus dem Pool einer insgesamt ziemlich einheitlichen Wählerschaft.

Die Befürworter einer offenen Schweiz sammeln sich im Gegenzug im linken Lager, womit die SVP mit ihrer klaren Positionierung auch über die Parteigrenzen hinweg Einfluss auf das Parteiensystem der Schweiz ausübt. Die Grafik (siehe oben) illustriert dies gut. Trotz geringer Polarisierung der Gesamtwählerschaft weist die Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eine hohe Polarisierung der Parteiwählerschaften auf; nur in 4 von 15 Ländern sind die Parteiwählerschaften noch polarisierter. Dies bedeutet, dass sich die Meinung eines durchschnittlichen SVP-Wählers im Öffnungs-Schliessungskonflikt in einem hohen Masse von der Meinung eines durchschnittlichen SP-Wählers unterscheidet.

Während sich die Öffnungsgegner und Öffnungsbefürworter in Ländern ohne rechtspopulistische Partei (wie Spanien, Grossbritannien oder Schweden vor dem Wahlerfolg der UKIP resp. der Schwedendemokraten) auf verschiedene Parteien verteilen und somit die Wähler und Wählerinnen innerhalb einer Partei sehr unterschiedliche Meinungen zur Öffnungs-Schliessungsfrage vertreten, sorgt eine rechtspopulistische Partei wie die SVP trotz moderater Polarisierung in der Gesamtwählerschaft für einheitlichere Parteiwählerschaften und damit für sichtbarere Differenzen zwischen den zwei Lagern. Da die SVP oft mit Konzepten des vergangenen Jahrhunderts arbeitet, wird leicht übersehen, dass ihre strategischen Leistungen bei der Thematisierung grosser und relativ neuer Konflikte sie zur modernsten Partei der Schweiz machen.

Vergleichsweise hilflos und altertümlich wirken dagegen die CVP, deren Gründungskonflikt die gesellschaftliche Modernisierung weggeschliffen hat, und die FDP, die Schwierigkeiten hat, sich zu einer dezierten Programmatik durchzuringen. Und der Sozialdemokratie fällt die Position des Gegenpols zur SVP fast in den Schoss, ohne dass sie selbst viel dazu tun muss.

**Kontakt:** Prof. Dr. Klaus Armingeon, klaus.armingeon@ipw.unibe.ch; Sarah Engler, sarah.engler@ipw.unibe.ch; Institut für Politikwissenschaft

**Hinweis:** Eine Kurzfassung dieses Beitrages erschien in der Neuen Zürcher Zeitung am 12.2.2015.

**Eidgenössische Volksabstimmung**

Verwaltungskreis / Arrondissement administratif: **Interlaken-Oberhasli**

Verwaltungskreis	Anzahl Stimmberechtigter	Zeit	Stimm-beteiligung	Anderung der Verfassungsbestimmungen zur Fortpflanzungsmethoden in der Medizin
Arrondissement	Nombre d'électeurs	Heure	Participation	Modification de l'art. 109 de la Constitution relative à la procréation médicale assistée et au génie génétique
				Ja / Oui
Brugg	893	12:01	42.67%	144
Brenz	2'359	11:31	38.02%	423
Brenzweiler	383	11:33	34.46%	60
Blösch	1'946	11:28	34.53%	296
Dürigen	311	11:22	28.30%	40
Göndelwald	2'670	12:20	31.35%	419
Lötschental	321	12:08	36.14%	61
Obfarnen	228	12:17	30.26%	33
Göndelschwand	244	11:17	39.52%	33
Habkern	492	11:29	25.61%	36
Hasliberg	853	10:59	32.12%	36
Hofstetten	432	12:04	34.26%	136
Innenkirchen	849	12:07	28.27%	17
Interlaken	3'527	12:03	39.89%	533
Iselwald	332	11:18	31.33%	38
Lauterbrunnen	1'621	11:56	32.75%	17
Leissigen	755	11:21	36.42%	240
Lütschental	193	11:26	32.12%	121
Matten	2'732	12:52	36.02%	21
Meringen	3'273	11:54	35.72%	334
Niederméd	266	11:16	33.08%	104
Obermed	381	11:13	32.54%	81
Ringgenberg	2'013	12:00	34.38%	82
Saxeten	89	11:20	33.77%	30
Schattenhalb	430	12:28	29.30%	11
Schwanden bei Brenz	492	11:37	41.26%	62
Unterseen	4'110	11:54	41.02%	79
Wilderswil	1'884	11:24	34.72%	298
Total	34'072		34.72%	5'000

# Weltgeschichte auf dem Dorfe

In Zimmerwald fand vor 100 Jahren eine sozialistische Konferenz der Kriegsgegner statt, die später zum Gründungsmythos der Sowjetunion stilisiert wurde. Im kommunistischen Staat kannte nahezu jedes Kind den Namen Zimmerwald, enthusiastische Briefe erreichten das «schweizerische Lenin-grad» und irritierten die Bewohnerinnen und Bewohner des Berner Bauerndorfes.

Von Julia Richers

Zimmerwald ist ein kleines, idyllisches Bauerndorf im Kanton Bern, das nur einen Steinwurf von der Bundesstadt entfernt auf dem Längenberg liegt. «Unsere kleine Berggemeinde hat immer abseits der grossen Verkehrswege und damit auch abseits der grossen Ereignisse gelegen», bemerkte einst der Gemeindeschreiber von Zimmerwald in einem historischen Abriss über das Dorf. Nur der Tourismus brachte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auswärtige Besucher in die Gegend. Erholungssuchende Städter und Wanderer genossen das gesunde alpine Klima, die atemberaubende Aussicht, die Ruhe und Abgeschiedenheit.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs blieben die Touristen mehrheitlich weg, ansonsten merkten die Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner kaum etwas von der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. Dies änderte sich schlagartig im Herbst 1915, als sich der sozialdemokratische Nationalrat Robert Grimm Zimmerwald für die wohl berühmteste Friedenskonferenz während des Ersten Weltkriegs aussuchte. Die Konferenz der Kriegsgegner sollte im Stillen stattfinden, unentdeckt von den Behörden und Geheimdiensten der kriegsführenden Länder. Das Bauerndorf eignete sich dafür bestens: entlegen und doch nahe bei Bern sowie ein Kurort, in dem fremdsprachige Ausländer kein vollkommen unübliches Bild abgaben.

## Als Vogelfreunde getarnt

Am 5. September 1915 brachen die 38 Tagungsteilnehmer – konspirativ getarnt als ornithologische Gesellschaft – von Bern nach Zimmerwald auf. Sie stammten aus fast ganz Europa und gehörten zu jenem kleinen Teil der internationalen Sozialdemokratie, der bei Kriegsausbruch nicht wie alle anderen den Kriegskrediten ihrer Länder zugestimmt hatten. Zu den bekanntesten Vertretern an der Zimmerwalder Konferenz gehörten sicherlich Lenin, Leo Trotzki, Grigori Sinowjew, Karl Radek, Robert Grimm, Fritz Platten und Frauen wie Angelika Balabanowa.

In der Pension Beau Séjour diskutierten sie vier Tage lang, mit wenigen Stunden Schlaf, über Massnahmen zur Beendigung des Krieges und über die Zukunft Europas. Um das Aussergewöhnliche und Welthistorische dieser Zusammenkunft zu verstehen, muss man zurückblenden – nach Basel im Jahr 1912. Dort hatten sich nahezu alle sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien Europas zu einem beeindruckenden Friedenskongress getroffen und feierlich geschworen, alles gegen den sich abzeichnenden Krieg zwischen den Grossmächten zu unternehmen. Als dieser losbrach, kam alles anders. Die Mehrheit der linken Parteien in Europa wich überraschend rasch von ihrer Friedenspolitik und dem internationalistischen Standpunkt ab. Die wenigen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Europas, die sich mutig und konsequent gegen diesen grausamen Krieg stellten, passten im Herbst 1915 in vier Pferdekutschen.

## Ein Treffen mit welthistorischer Bedeutung

Was die Teilnehmer verband, war der leidenschaftliche Kampf gegen den Krieg, was sie unversöhnlich voneinander trennte, war die Frage der Kampfmittel und der Taktik der Friedensaktion: Sollte sie auf parlamentarisch-demokratischem Weg oder über den revolutionären Umsturz erfolgen? Um Lenin bildete sich damals der Kreis der sogenannten Zimmerwalder Linken, die den Krieg nun so rasch wie möglich in einen revolutionären Bürgerkrieg umzuwandeln beabsichtigten. Lenin war es – obwohl in der Minderheit – gelungen, hier einen radikalen Block zu bilden und damit die Zimmerwalder in einen revolutionären und einen gemässigten, zentristischen Flügel zu spalten.

Nach harten Verhandlungen verabschiedete man am letzten Tag ein gemeinsames Manifest, das die europäischen «Arbeiter und Arbeiterinnen, Mütter und Väter, Witwen und Waisen, Verwundeten und Verkrüppelten» zum gemeinsamen Kampf gegen den Krieg und für einen Frieden «ohne Annexionen und Kriegsentschädi-

gungen» aufrief. Das Manifest von Zimmerwald fand damals ein enormes Echo. «Nach einigen Tagen erklang der bis dahin unbekannt Name Zimmerwald in der ganzen Welt», beschrieb Leo Trotzki später die Breitenwirkung. Der Name stand für ein weltweit einmaliges, hoffnungsvolles Zeichen gegen den Krieg.

Auf die Zimmerwalder Konferenz folgten im Einjahrestakt wichtige politische Ereignisse, die alle in gewissem Sinne mit Zimmerwald in Verbindung standen: 1916 die zweite Zimmerwalder Konferenz in Kiental, wo Lenins Anhängerschaft weiter wuchs, 1917 die Oktoberrevolution in Russland, 1918 der von Robert Grimm mitinitiierte Generalstreik in der Schweiz und 1919 die von Lenin angeregte Gründung der Dritten Internationalen, der Komintern, in Moskau; dazwischen immer wieder Aufstände und Massenstreiks auf dem gesamten europäischen Kontinent. Man kann zu Recht sagen, dass die Zimmerwalder Konferenz welthistorische Auswirkungen hatte und dass die kleine Berner Gemeinde in der Geschichte des Sozialismus, des Kommunismus und der späteren Sowjetunion eine herausragende Rolle spielte.

## Der «Zimmerwaldkult» beginnt

Die Gemeinde Zimmerwald wurde somit von einem unbekanntem geographischen Ort unfreiwillig zu einem Symbol, zur Namensgeberin einer ganzen Bewegung und zu einem zentralen Erinnerungsort des internationalen Sozialismus. Die Erinnerungskulturen der letzten 100 Jahre nahmen indes in West- und Osteuropa einen unterschiedlichen Verlauf. Verantwortlich dafür war nicht nur der Kalte Krieg, sondern auch die unterschiedliche Deutung der Ereignisse. In der Sowjetunion hob man rasch die Bedeutung Lenins und der Zimmerwalder Linken hervor. In Zimmerwald befand sich der Urquell Lenins revolutionärer Bürgerkriegsideen, hier schlummerte der Gründungsmythos der Sowjetunion.

Ein regelrechter Zimmerwaldkult entstand in der UdSSR in den 1960er



1966 erreichte eine Postkarte aus Leningrad den «Bürgermeister der Stadt Zimmerwald». Ihre Bildseite zeigt die imposante Lenin-Statue, die vor dem Finnländischen Bahnhof in Leningrad (heute wieder St. Petersburg) errichtet wurde, um an Lenins legendäre Ankunft aus der Schweiz im Jahre 1917 zu erinnern. Unter dem Bild ist deutlich die Grussbotschaft «Leningrad UdSSR grüsst Leningrad CH» zu erkennen. Auf Russisch ist der Satz «Proletarier aller Länder, vereinigt Euch» zu lesen.

Jahren unter Nikita Chruschtschow. Seine Tauwetterperiode sollte der Stalinschen Eiszeit und der aussenpolitischen Isolation ein Ende bereiten. Man erinnerte sich wieder an die internationalistische Tradition und europäischen Verflechtungen. Schulklassen schrieben enthusiastische Briefe nach Zimmerwald und baten höflich um Informationen, Dokumente und Fotografien. Dieser aussergewöhnliche Aktenbestand befindet sich im Archiv der Gemeinde Zimmerwald und konnte im Rahmen des diesjährigen 100. Jahrestages erstmals ausgewertet werden. Manche Briefe und Postkarten mussten damals in Bern vom Schweizerischen Ost-Institut, der heutigen Schweizerischen Osteuropabibliothek, zuerst aus dem Russischen übersetzt werden. Alle sowjetischen Briefe nahmen begeistert Bezug auf Lenins Aufenthalt in Zimmerwald.

### Zimmerwald erlässt Erinnerungsverbot

In Zimmerwald hingegen war man in Zeiten des Kalten Krieges alles andere als begeistert über die kommunistische Bedeutung des Ortes. Die Gemeinde war zutiefst anti-kommunistisch. Für sie war es schlicht undenkbar, dass ihr Bauerndorf zu einer kommunistischen Wallfahrtsstätte werden könnte. Die Gemeinde erliess mehrere Beschlüsse, mit denen sie der sowjetischen Erinnerungskultur ein Zimmerwalder Erinnerungsverbot entgegensetzte. 1963 nahm sie im Baureglement einen Passus auf, der

das «Errichten von Gedenkstätten» und das «Anbringen von Gedenktafeln» für das ganze Gemeindegebiet untersagte. Auch weigerte sich die Gemeinde 1964, eine sowjetische Delegation im Dorf zu empfangen. 1971 beschloss sie, das sogenannte «Lenin-Haus» zugunsten einer Busstation abzureissen. Und noch 1980 verhinderte sie, dass die russische Botschaft eine Liegenschaft erwerben konnte, um ein Lenin-Museum im Dorf einzurichten.

In Zimmerwald prallten zwei Erinnerungskulturen und Selbstverständnisse aufeinander. Während in der Schweiz der Ort so gut wie unbekannt blieb, kannte in der Sowjetunion nahezu jedes Kind den Namen Zimmerwald. Er gehörte selbstverständlich auf die «Mental Map» vieler Sowjetbürgerinnen und Sowjetbürger. Und so konnten sich die sowjetischen Absender der enthusiastischen Briefe beim besten Willen nicht vorstellen, dass man in Zimmerwald wenig begeistert von Lenin und seinem Vermächtnis war.

### Sehnsucht nach einem geschichtslosen Idyll

In seinem eingangs erwähnten historischen Abriss über das Dorf betonte der Gemeindegeschreiber, man habe sich im Dorf nie «um die grossen Vorgänge der Geschichte gekümmert», auch «fand hier keine Schlacht statt». Fast etwas Stolz und Wehmut schwingt in den Worten mit: «Weder grosse Künstler noch berühmte Politiker haben hier das Licht der Welt

erblickt.» Das Dorf wäre so gern dieser idyllische, geschichtslose Ort geblieben, aber Lenin brachte nicht bloss ein bisschen Geschichte, sondern ausgerechnet gleich Weltgeschichte mit ins Dorf, womit der Ort unverhofft «glokal» in weltumspannende Zusammenhänge verstrickt wurde.

**Kontakt:** Prof. Dr. Julia Richers, Ordentliche Professorin für Neueste Allgemeine und Osteuropäische Geschichte, Historisches Institut der Universität Bern, [julia.richers@hist.unibe.ch](mailto:julia.richers@hist.unibe.ch)

**Literatur:** Bernard Degen/Julia Richers (Hg.): *Zimmerwald und Kiental. Weltgeschichte auf dem Dorfe*. Zürich: Chronos Verlag, 2015

**Ausstellung:** 1915 – Zimmerwalder Konferenz, *Grimm und Lenin in Zimmerwald Bis 22. November 2015, jeweils sonntags 14 bis 17 Uhr oder jederzeit auf Anfrage, Regionalmuseum Schwarzwasser, Leimern 5, 3150 Schwarzenburg* [www.regionalmuseum.info](http://www.regionalmuseum.info)

### Vortragsreihe

Die Revolution geht durch die Schweiz: 100 Jahre Zimmerwalder Konferenz und ihre Folgen. Herbstsemester 2015, donnerstags, 18.00 bis 20.00 Uhr (alle 14 Tage), Schweizerische Osteuropabibliothek der Universität Bern, [www.ub.unibe.ch/sob](http://www.ub.unibe.ch/sob)

# Der tolerante Humanist

Als Gegenspieler von Calvin plädierte Sebastian Castellio im 16. Jahrhundert für religiöse Toleranz. Sein 500. Geburtstag war Anlass, an einer internationalen Tagung auf dem symbolträchtigen Monte Verità über seine Toleranzforderung und sein Verhältnis zu den Reformatoren zu diskutieren. Im folgenden Essay beschreibt Barbara Mahlmann-Bauer, Organisatorin der Tagung, welche Verbreitung Castellios Schriften fanden und warum seine Ansichten immer noch von grosser Aktualität sind.

Von Barbara Mahlmann-Bauer

Sebastian Castellio war kein Reformator, sondern ein von Erasmus' Kirchenkritik und Christusphilosophie angestechter Humanist. Er folgte 1540 Calvin nach Strassburg. Die Begegnung mit Täufern und anderen Sektierern, die von der protestantischen Obrigkeit geduldet wurden, wird befreiend auf den Savoyarden gewirkt haben, da er während seines Lyoner Studiums die Hinrichtung von Protestanten miterleben musste. Calvin aber hatte in Strassburg die Aufgabe, Täufer für die reformierte Kirche zurückzugewinnen. Zurück in Genf, verhalf Calvin Castellio dort zu einer Stelle als Schuldirektor. Nicht bereit, sich in Fragen der Bibeldeutung Calvin zu beugen, schied Castellio 1545 aus Genf. Pädagogische Kompetenz konnte Calvin ihm nicht abstreiten, sehr wohl aber die Eignung zum Theologen.

Castellio ging mit seiner Familie nach Basel, wo er als Mitarbeiter des Druckers Johannes Oporinus eine Anstellung fand. Als Korrektor sah er Druckmanuskripte und Erstausgaben, beispielsweise den ersten lateinischen Druck des Koran von 1543, die anderswo nicht hätten gedruckt werden können. Nach dem Vorbild des Erasmus von Rotterdam schrieb er Schülergespräche, brachte biblische Geschichten in Verse und übertrug die Heilige Schrift in cicero-nisches Latein. Seine *Dialogi sacri* und *Biblia latina* wurden Best- und Longsellers bis ins 18. Jahrhundert, ohne Rücksicht auf Konfessionsgrenzen.

## Religiöse Flüchtlinge in Basel willkommen

Basel war wegen des Druckergewerbes und der Universität seit den 1540er Jahren Refugium protestantischer Intellektueller aus Frankreich, Italien und den Niederlanden. Wer sich nützlich machte und der Gemeinschaft nicht zur Last fiel, sondern sich den kirchlichen Gebräuchen anschloss, wurde

integriert. Die Rheinstadt hatte gegenüber der Freien Reichsstadt Strassburg den Vorzug, dass sich der Rat und die Kirchenobersten über grosszügige Aufnahmebedingungen religiöser Flüchtlinge einig waren.

Als Calvin im Sommer 1553 die Kirchenobersten der eidgenössischen Städte um Zustimmung zum Genfer Urteil bat, den spanischen Flüchtling Michel Servet als Häretiker mit dem Tode zu bestrafen, war einzig die Basler Kirchenleitung gegen die Hinrichtung. Dort erschien anonym im Frühjahr 1554 eine Sammlung alter und neuer Zeugnisse gegen die Ketzertötung: *De haereticis an sint persequendi* (Über Ketzler und ob sie verfolgt werden sollen). Die Genfer vermuteten zu Recht in Castellio den Autor dieses Protests gegen die Verketzerung Andersgläubiger. Stefan Zweig nannte die Zeugnisse in seinem Roman *Castellio gegen Calvin oder Ein Gewissen gegen die Gewalt* von 1936 ein «Manifest der Toleranz», das den Diktatoren einen Spiegel vorhalte.

## Tolerante Erneuerung der Kirche gefordert

Calvin und auch der Genfer Reformator Bezas rechtfertigten die Verbrennung Servets in Publikationen, die bis heute irritieren. Castellios Verteidigung des Rechts auf Gewissensfreiheit, was auch die Freiheit einschliesst, sich zu irren, wurde jedoch aus Vorsicht unterdrückt und erst 1578 und 1612 publiziert. Seine Argumente gegen religiösen Konformismus waren zwar nicht neu, aber sie machen ein Problem erstmals publik, das neue Glaubensgemeinschaften stets haben, wenn sie sich mit älteren wie auch mit staatlichen Aufsichtsorganen ins Benehmen setzen müssen. Und sie formulieren Lösungen, die heute so aktuell sind wie 1554.

Die Reformation begann als kirchliche Protestbewegung gegen die weltliche

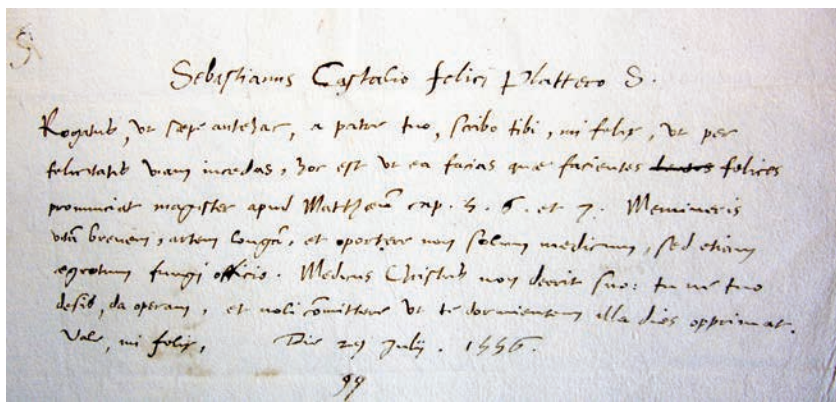
Papstherrschaft und Fremdbestimmung aus Rom. Sie war vom Wunsch nach Rückkehr zu den Anfängen christlicher Lebensgemeinschaften beseelt und forderte die Erneuerung der Kirche nach den Worten der Apostel und Evangelisten. Solange die Protestanten selbst eine verfolgte Minderheit waren, öffneten sie ihre Gemeinschaft allen, die sich über die christliche Botschaft von Nächstenliebe, Frieden und Gerechtigkeit eigene Gedanken machten.

Was aber war zu tun, wenn Radikale die sozialrevolutionäre Botschaft der Bibel umsetzen und Anhänger werben wollten, wenn Täufergemeinschaften sich absonderten, weil sie die moralischen Standards der reformierten Kirche zu lax fanden, oder wenn die reformierte Kirche ihre Offenheit und Aufnahmefähigkeit gegen Kritik und Spott seitens der altgläubigen Nachbarn verteidigen wollte? Nach den Bauernunruhen wurden Kontrollen des Gottesdienstbesuchs und Disziplinierung sittlicher Verfehlungen durch die Reformatoren eingeführt. Sie begründeten dies mit dem Bestreben, die Kirche nach innen zu einigen und vor Störenfriedern zu schützen. Dies erschien Castellio und seinen Anhängern wie Verrat an der Reformation.

## Belehren und ermahnen statt verketzern und verbrennen

Die Kontroverse um Castellios Buch gegen die Ketzertötung zog noch weitere Kreise als die Diskussion über Servets Hinrichtung. Castellios Appell zwang protestantische Kirchenverantwortliche nachhaltig, sich über die Stellung ihrer Glaubensgemeinschaft zu anderen sowie zum Staat klar zu werden. Er lehnte eine Theokratie ab, die nach mosaischen Grundsätzen Recht sprach. Sie passten nicht für die Lösung innerchristlicher Streitigkeiten. Die Strafverfolgung von Ketzern, eine Praxis, die seit dem 13. Jahrhundert im Kirchenrecht ver-





Brief Sebastian Castellios in seiner «Humanistenhandschrift» an Felix Platter von 1556 (links) sowie Titelblätter seiner Schriften zu Ketzern.

ankert war und Ausweisung, Haft und Tötung legitimierte, schien für ein reformiertes Gemeinwesen der falsche Weg zu Frieden und Sicherheit zu sein.

Castellios Begründung der Toleranz wie auch ihrer Grenzen hat sich erst in der Aufklärung durchgesetzt: Häresie ist kein Delikt wie Raub oder Totschlag, erst recht hat die weltliche Regierung keine Vollmacht, Andersdenkende zu bestrafen. Nach dem Beispiel von Jesu Friedensbotschaft, der selbst als Aufrührer verfolgt wurde, dürfen Geistliche Abweichler höchstens belehren und ermahnen. Wer Abweichler verketzert, nutze soziale Konflikte, um Streit und Aufruhr zu schüren. Nicht ihre Bekehrung werde erreicht, sondern entweder Opportunismus oder Märtyrergesinnung konditioniert. Eher wären die, welche andere als Ketzer diffamierten, wegen Anstiftung zu Aufruhr zu bestrafen, denn ihre Opfer. Die Regierung sollte in Religionsfragen neutral sein und unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften Raum zum Leben geben. Mit diesem Rat mischte sich Castellio 1562 auch in den französischen Religionskrieg ein. Im Conseil à la France désolée appellierte er an den König, die Führer der Hugenotten und die der römisch-katholischen Partei, dass es gegen Christi Gebot sei, im Namen der Religion Blut zu vergießen.

### Der Mensch als Spiegel des Schöpfers

Die *Dialogi quatuor*, die 1578 mit anderen theologischen Texten aus Castellios Nachlass von Fausto Sozzini herausgegeben wurden, offenbaren Castellio als Gründer des Antitrinitarismus, der Bewegung, die das Dogma der Trinität ablehnt. Hier haben wir die Summe von Castellio Philosophie, die den Menschen als Spiegel eines gütigen Schöpfers in den Mittelpunkt stellt und die Willensfreiheit, Selbstbestimmung, Gerech-

tigkeitsliebe und Vervollkommnungsfähigkeit trotz der Begrenztheit vernunftmässiger Einsicht gegen die pessimistische Anthropologie Luthers und Calvins verteidigt. Diese Dialoge wurden 1612 in Gouda und 1696 in Frankfurt wieder aufgelegt und verdienten eine moderne Übersetzung.

Die Bibel ist für Castellio eine Sammlung von Geschichten über den Schöpfer und seinen Sohn, die vor allem Standards des sozialen Miteinanders vermitteln. Jesus ist ein von Gott gesandter Lehrer und sein Leiden ein Beispiel dafür, wie Menschen mit einem Weisheitslehrer umgehen, der noch den Ärmsten und Ausgestossenen ihre Würde bestätigt, Frieden und Versöhnung lehrt und sich nicht den herrschenden Mächten anbequemt. Die gesunde Vernunft reiche aus, um Mose, die Propheten und die Evangelien zu verstehen, nicht anders als bei anderen antiken Texten. Was darüber hinausgeht, etwa das Mysterium der Auferstehung, sei uns nicht zu durchschauen bestimmt. Darüber zu grübeln und zu streiten, so als gäbe es nur eine richtige Interpretation, ist eine Anmassung, die, so Castellio, die Spaltung in der Christenheit verursacht hat. Der Theologenstreit über nicht lösbare Textfragen fördere Rechthaberei, Herrschsucht und könne zum Bürgerkrieg ausarten.

### Toleranzvorstellung mit Wirkung bis in die Gegenwart

Mit seinem rationalen Zugang zur Bibel und der Suche nach dem, was sie mit kanonischen Texten anderer Religionen gemeinsam hat, war Castellio seiner Zeit voraus. Seine Erarbeitung moralischer Grundnormen und eines Gottesbilds, über das sich monotheistische Religionen einigen können, nimmt die Botschaft von Lessings Ringparabel in Nathan der Weise vorweg. Eine Reglementierung der Gottesverehrung lehnte Castellio ab, besonders wenn sie

zur Unterdrückung und zum Ausschluss Andersdenkender benutzt werde. Jedem gebühre sein eigener Weg zu Gott, niemand sei befugt, einen des Irrglaubens anzuklagen, der, wie etwa Michel Servet, den Sinn von Christi Botschaft sucht, aber das Dogma der Trinität ablehnt. Diese Haltung macht auch verständlich, was Castellio als Vertreter eines rationalistischen Textzugangs mit Spiritualisten und Einzelgängern wie Sebastian Franck oder mit dem Täuferpropheten David Joris verbindet. Beide wurden von Luther, Melancthon und Calvin als Schwärmer und gefährliche Sektierer verurteilt, konnten aber in Basel unbehelligt bis zum Lebensende bleiben.

Weitere Informationen zu Castellio:  
[www.castellio.unibe.ch](http://www.castellio.unibe.ch)

**Kontakt:** Prof. Dr. Barbara Mahlmann-Bauer,  
Institut für Germanistik,  
[barbara.mahlmann@germ.unibe.ch](mailto:barbara.mahlmann@germ.unibe.ch)

### Vorträge zu Toleranz und Intoleranz

Das Collegium generale der Universität Bern thematisiert in seiner aktuellen Vorlesungsreihe Vorträge zu Toleranz und Intoleranz der Religionen in Geschichte und Gegenwart. Im Kontext der Auseinandersetzung zwischen Heidentum und Christentum im Römischen Reich werden Formen von Toleranz sowie von Repression diskutiert. Weitere Beiträge widmen sich der Frage, wie Monotheismus und Polytheismus mit Toleranz und Intoleranz umgehen, welche Rolle die Toleranz im Islam spielt und wie innerchristliche Kontroversen über Rechtgläubigkeit und Häresie ausgetragen werden.

Das detaillierte Programm finden Sie auf Seite 41.

# Von Molekülen zu Medikamenten

Wie sich die Gene unserer DNA konkret im Leben auswirken, ob wir gesund oder krank sind, wird entscheidend durch Ribonukleinsäuren (RNA) gesteuert. Oliver Mühlemann leitet einen Nationalen Forschungsschwerpunkt zu diesen lange unterschätzten zentralen Molekülen des Lebens – und legt damit Grundlagen für neuartige Medikamente.

Von Timm Eugster

**Herr Mühlemann, wenn Ihre Kinder Sie fragen, welchen Beruf Sie ausüben, was sagen Sie?**

**Oliver Mühlemann:** Ich bin Forscher, und mich interessiert, was Leben ist und wie es funktioniert. Inzwischen sind die Kinder so gross, dass sie mich auch verstehen wenn ich sage, dass ich Professor für Biochemie bin. In dieser Funktion leite ich zudem den Nationalen Forschungsschwerpunkt (NFS) «RNA & Disease».

**Im Zentrum stehen also die Ribonukleinsäuren (RNA). Ist nicht die DNA – unser Erbgut in den Genen – viel entscheidender für unser Leben?**

Die DNA ist sozusagen die Bibliothek, wo die Erbinformation gespeichert ist, aber provokativ gesagt ist sie ein langweiliges Molekül. Sie macht gar nichts, ausser dass sie jedesmal, wenn die Zelle sich teilt, verdoppelt werden muss. Wenn es um die Aktion geht, also darum, was aus der Bibliothek geholt und im Körper umgesetzt wird – bei der sogenannten Genexpression – dann passiert sehr viel auf der Ebene der RNA.

**Früher in der Schule haben wir die RNA noch in erster Linie als Botin kennengelernt, die aus der DNA die Bauanleitungen für Proteine kopiert und in die «Eiweissfabriken» der Zellen bringt ...**

Sie sprechen von der «Boten-RNA», auf Englisch messenger RNA (mRNA). Sie kopiert die auf der DNA gespeicherte Information und bringt sie zum Ribosom, wo die Proteinsynthese stattfindet. Die Proteine führen vielfältige Aufgaben im Körper aus, etwa im Stoffwechsel. Als man um das Jahr 2000 das menschliche Genom erstmals vollständig sequenziert hat, merkte man allerdings, dass nur etwa zwei Prozent der Information, die in der DNA steckt, Proteine codiert. Dafür entdeckte man die vielen «nicht-codierenden RNA», die keine Bauanleitungen für Proteine enthalten, jedoch eine eminent wichtige regulative Rolle spielen.

**Was machen diese RNA denn konkret?**

Von den allermeisten wissen wir es noch gar nicht, das ist gerade das Spannende. Aber von einer Klasse wissen wir es bereits – von den sogenannten microRNA: Sie sind, wie der Name schon sagt, sehr klein und passen genau auf gewisse Stellen der Boten-RNA. Dort docken sie an und beeinflussen die Stabilität dieser mRNA, was wiederum die Proteinproduktion und damit den Stoffwechsel beeinflusst. Nun muss man sich vorstellen, dass eine bestimmte mRNA nicht nur eine Bindungsstelle für eine einzige microRNA hat, sondern für vielleicht fünf verschiedene. Wenn nur eine Stelle besetzt ist, ist der Effekt sehr gering, bei drei besetzten Stellen hingegen schon ziemlich gross: Wir haben also ein unglaublich ausgeklügeltes Regulationssystem. Und inzwischen kennen wir auch etliche «long non coding RNA» – die sind nicht micro, sondern zum Teil sehr lang – und bei diesen stehen wir noch ganz am Anfang. Klar scheint, dass die Regulation auf mehreren, miteinander verknüpften Ebenen stattfindet.

**Das heisst, wir sind nicht einfach die Sklaven unserer Gene?**

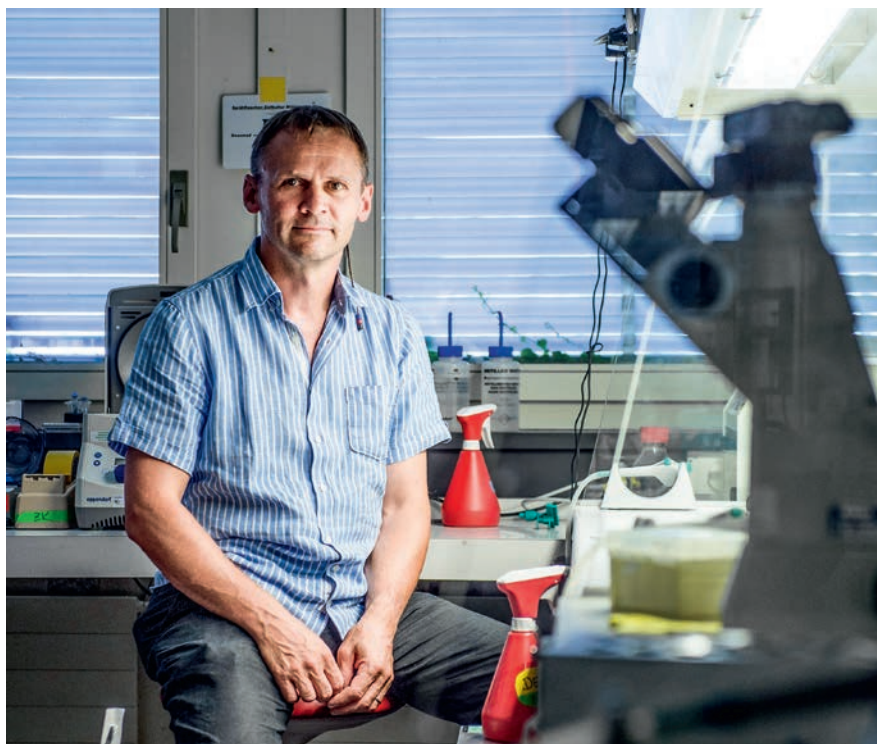
Vereinfacht gesagt kann man sagen: Die DNA gibt uns vor, was überhaupt möglich ist mit unserem Genom. Aber was wir daraus machen, hat damit zu tun, wie die Genexpression reguliert ist. Diese wird auch durch äussere Faktoren beeinflusst – etwa Stress, Ernährung, Schlaf. In der modernen Molekularbiologie ist deshalb die alte Debatte, was vererbt ist und was von äusseren Einflüssen bestimmt, nicht mehr so relevant: Es ist immer ein Zusammenspiel.

**Der NFS heisst RNA & Disease – was hat die RNA denn nun mit Krankheit zu tun?**

Wenn die RNA entscheidend ist bei der Expression der Gene, dann hat es Folgen, wenn hier Fehler passieren.

«Die DNA gibt uns vor, was überhaupt möglich ist mit unserem Genom. Aber was wir daraus machen, hat damit zu tun, wie die Genexpression reguliert ist.»

Oliver Mühlemann



Eine Missregulation auf RNA-Ebene kann Zellen aus dem Gleichgewicht bringen. Das klassische Beispiel dafür ist Krebs: Was ist eigentlich ein Tumor? Eine gewöhnliche Körperzelle, bei der ein paar Regulationen nicht mehr funktionieren, die normalerweise deren Teilung kontrollieren. Dann beginnen sie sich unkontrolliert zu teilen, es gibt ein Geschwür. Im Rahmen des NFS werden wir an der Universität eine neue Assistenzprofessur mit Fokus RNA und Krebs einrichten. Da weiss man noch sehr wenig.

#### **Obwohl der Zusammenhang hier klar ist?**

Ja, weil Krebs ein Oberbegriff ist, dem mehrere tausend verschiedene Ursachen zugrunde liegen. Es gilt herauszufinden, in welchen Fällen wirklich eine Missregulation auf Ebene RNA beteiligt ist. Am Anfang hat man bloss eine Korrelation: Bei dieser Art von Tumor ist diese microRNA zum Beispiel auffällig zahlreich vorhanden. Dann weiss man aber noch nicht, ob das eine Ursache oder Konsequenz des Tumors ist. Wenn es sich herausstellt, dass es tatsächlich die Ursache ist, dann wissen wir: Hier können wir eingreifen, wir müssen Werkzeuge entwickeln, um diese microRNA hinunterzuregulieren.

#### **Da sind Sie als Biologe schon nahe bei der medizinischen Forschung.**

Ich bin Grundlagenforscher. Aber tatsächlich zeigt sich hier das wirklich Neue an unserem NFS. Die klassische Medizin kommt vom Patienten her. Der Arzt hat jemanden mit bestimmten Symptomen vor sich und stellt eine Diagnose. Er versucht also von den Symptomen her rückwärts gehend herauszufinden, was bei dieser Krankheit falsch läuft im Körper. Wir in der molekularbiologischen Grundlagenforschung gehen den umgekehrten Weg: Wir versuchen zu verstehen, wie eine bestimmte Zelle im Grundsatz funktioniert. Im nächsten Schritt fragen wir uns, was passiert, wenn ein be-

stimmter Prozess etwa auf der RNA-Ebene nicht korrekt reguliert wird: Gar nichts, oder führt das zu einer Krankheit? Die Hoffnung ist, dass wir und die Mediziner uns mit unseren sich aufeinander zu bewegenden Forschungsansätzen irgendwo in der Mitte treffen. Deshalb suchen wir über die Fakultätsgrenzen hinweg den Kontakt zu den Medizinerinnen.

#### **Zu welchen Krankheiten forschen Sie derzeit?**

Besser verstehen möchten wir beispielsweise neurodegenerative Krankheiten. In unserem Labor haben wir ein Projekt zu ALS, der Amyotrophen Lateralsklerose. Von der Krankheit betroffene Menschen verlieren kontinuierlich Muskelsubstanz an Armen und Beinen, am Sprech-, Kau- und Schluckapparat, bis sie schliesslich ersticken. Die molekularen Ursachen kennt man noch kaum, aber man vermutet, dass es Mutationen von ganz verschiedenen Genen sein können, die via RNA denselben Effekt auf den Stoffwechsel haben, so dass in allen Fällen die sogenannten Motoneuronen absterben, was dann zu den Symptomen führt.

Neben solchen eher seltenen Krankheiten geht es im NFS auch um weitverbreitete Krankheiten wie Diabetes. So hat Markus Stoffel von der ETH Zürich herausgefunden, dass fettleibige Mäuse, die an Diabetes erkranken, einen hohen Level von bestimmten microRNA aufweisen. Sobald diese microRNA hinunterreguliert werden, sinkt das Diabetes-Risiko markant, und das selbst wenn die Mäuse fett bleiben.

#### **Seit der Entschlüsselung des menschlichen Erbguts ist von einer «Revolution in der Medizin» die Rede. Ist das Überwinden wichtiger Todesursachen und damit eine deutliche Verlängerung der Lebenserwartung in Sichtweite?**

Nein. Unsere Zellen altern, sie haben die Kapazität, sich eine endliche Anzahl Mal zu teilen, dann sterben sie ab.

Unser ganzer Organismus ist darauf ausgelegt, dass es einmal endet. Wir sind jetzt mit 90 Jahren wahrscheinlich schon in dem Bereich, wo man, wenn nicht an dem einen Krebs, dann eben an einem anderen Krebs stirbt, oder es sterben die Neuronen ab und man wird dement. Die Krankheiten akkumulieren sich im Alter.

#### **Trotzdem – Ihre Liste ist beeindruckend: Krebs, neurodegenerative Krankheiten, Diabetes ...**

Gleichzeitig muss man auch realistisch sein: Wir sind in unserem Konsortium fast alle Grundlagenforscher. Klar knüpfen und intensivieren wir ganz bewusst Kontakte zu Medizinern, wir wollen «from Bench to Bedside» – vom Labor zu den Patienten – aber Therapien oder Medikamente können wir nicht selber entwickeln; das kostet hunderte von Millionen. Nur die Pharmaindustrie kann das stemmen.

#### **Wie gross ist dort das Interesse an RNA-Forschung?**

Als vor 15 Jahren die microRNA entdeckt wurden, waren die Pharmakonzerne begeistert. Damals kam die Idee auf, als Medikamente künstlich hergestellte microRNA einzusetzen, die in den Zellen an bestimmte Boten-RNA binden und so ganz gezielt Einfluss nehmen auf die Genexpression. So könnte man etwa einzelne Gene, die Krankheiten auslösen, gezielt stilllegen. Die Firmen haben Millionen-Programme gestartet – und scheiterten alle am gleichen Problem: microRNA sind so grosse Moleküle, dass sie aus dem Blut kaum in die Zellen eindringen. Man konnte das Medikament also nicht an den richtigen Ort bringen. Deshalb wurden praktisch alle Programme gestoppt.

#### **Da war wieder die universitäre Grundlagenforschung mit ihrem langen Atem gefragt ...**

Genau, an den Hochschulen hat man weitergearbeitet und ist unterdessen weitergekommen: Bei der Leber funktioniert es bereits ganz gut, bei den Muskeln gibt es Fortschritte, und nun ist es der Berner Gruppe von Christian Leumann sogar gelungen, die Blut-Hirn-Schranke zu überwinden und zu den Neuronen vorzustoßen. Nun dürfte das Interesse der Pharmaindustrie wieder steigen. Lange war die RNA-Forschung für die Pharmakonzerne auch deshalb wenig interessant, weil es nicht gelang, durch herkömmliche Medikamente mit kleinen Molekülen die RNA zu beeinflussen. Dies ist Novartis und Roche nun erstmals gelungen. Zudem gibt es die Möglichkeit, die RNA indirekt über ein Protein zu beeinflussen – das funktioniert bestens mit herkömmlichen Medikamenten aus kleinen Molekülen. Meine Gruppe hat ein entsprechendes Projekt mit Novartis. Kurz: Die Hoffnungen, dass unsere Erkenntnisse zu neuen Medikamenten führen, sind wieder gross, eine zweite Welle ist absehbar.

#### **Gleichzeitig macht eine neue, effiziente Methode Furore, Erbgut gezielt zu verändern: CRISPR-Cas. Mitentwickler Martin Jinek von der Universität Zürich ist mit an Bord beim NFS.**

Das ist eine unglaubliche technische Revolution, für die Entwicklung der CRISPR-Cas Methode gibt es vielleicht bald den Nobelpreis. Martin Jinek war als PostDoc in Berkeley bei Jennifer Doudna daran beteiligt, dieses bakterielle Abwehrsystem gegen Bakteriophagen zu einem praktischen Werkzeug für die gezielte Verände-

rung von Genen umzufunktionieren. Dank seiner hervorragenden Arbeit dort bekam er die SNF-Proessur in der Schweiz.

#### **Wie wird diese Methode die Forschung verändern?**

Cas9 ist ein Enzym, das die DNA durchschneidet. Mit einer Guide-RNA kann man es genau an die gewünschte Stelle lotsen. Das ist für uns im Labor sehr interessant: Eine mit einer Krankheit assoziierte Mutation können wir nun gezielt in die DNA unserer Zellkulturen einführen und beobachten, welchen Effekt dies auf die Zellen hat.

#### **Sind neue Therapien absehbar?**

CRISPR-Cas macht es prinzipiell möglich, defekte DNA, die für eine Krankheit verantwortlich ist, zu reparieren. Damit kommt der Ansatz der Gentherapie, der die hohen Erwartungen bisher nicht erfüllt hat, wieder voll aufs Tapet.

#### **Mit CRISPR-Cas kann man die DNA also gezielt umschreiben, fast wie ein Word-Dokument mit Cut and Paste. Könnte man damit in Zukunft sein Kind nach Wunsch designen, von der Haarfarbe bis zur Intelligenz?**

Technisch ist das nicht mehr völlig undenkbar, aber wir sind auf jeden Fall weit davon entfernt: Dazu müsste man von jedem Gen genau wissen, was es im Zusammenspiel mit den anderen Genen und der Umwelt bewirkt – es gibt schliesslich nicht einfach ein Intelligenz-Gen, da wirken sehr viele Einflüsse zusammen. Zentral ist natürlich der ethische Aspekt: Wie bei jeder neuen Technik wird die Gesellschaft entscheiden müssen, wozu sie sie einsetzen will und wozu nicht.

#### **In China wurde die Methode an nicht lebensfähigen Embryonen getestet. Ein Missbrauch?**

Nicht unbedingt, da man diese Experimente bewusst an defekten Embryonen durchführte, die sich nicht zu Föten entwickeln können und in einem sehr frühen Entwicklungsstadium sterben. Man wollte testen, ob die CRISPR-Cas Methode grundsätzlich auch beim Menschen anwendbar ist. Aber ich finde es richtig und wichtig, dass sich die Forschungsgemeinde in einer Deklaration Regeln auferlegen will, wozu die Methode zum jetzigen Zeitpunkt eingesetzt werden soll und wozu nicht. Noch kennen wir die unbeabsichtigten Nebeneffekte dieser Technologie viel zu wenig, dass wir bereits an therapeutische Anwendungen denken könnten.

#### **Nationaler Forschungsschwerpunkt NFS «RNA & Disease»**

Der Nationale Forschungsschwerpunkt «RNA & Disease» unter der Leitung der Universität Bern (Main Leading House) und der ETH Zürich (Co-Leading House) umfasst derzeit 21 Forschungsgruppen in Bern, Zürich, Basel und Lausanne. Für die erste Betriebsphase 2014–2017 stellt der Schweizerische Nationalfonds 16,6 Millionen Franken zur Verfügung. Mit den NFS werden langfristige angelegte Forschungsvorhaben zu Themen von strategischer Bedeutung für die Zukunft der schweizerischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft während maximal zwölf Jahren unterstützt.

«Die Hoffnungen, dass unsere Erkenntnisse zu neuen Medikamenten führen, sind wieder gross, eine zweite Welle ist absehbar.»

Oliver Mühlemann



#### Welche Erfahrungen machen Sie mit CRISPR-Cas?

Wir sind begeistert. Diese Methode verändert unsere Arbeit gewaltig – gerade auch in Kombination mit einer zweiten neuen Technik, den pluripotenten Stammzellen. Das sind Hautzellen, die zu Stammzellen zurückentwickelt wurden. Im Labor können wir sie wiederum zu verschiedensten spezialisierten Zellen ausdifferenzieren. Als ich das erste Mal sah, wie da in der Petrischale Nervenzellen heranwuchsen, war das für mich wie ein Wunder. Dadurch kann man vermehrt in der Zellkultur erforschen, was früher gar nicht oder nur im Tierversuch in komplexen Mausmodellen möglich war.

#### Können damit Tierversuche ersetzt werden?

Wir hoffen tatsächlich, dass wir mit differenzierten Zellen in der Kultur viel präziser voraussagen können, was im Gesamtorganismus einer Maus funktionieren wird und was nicht. Der Übergang von der Zellkultur in den intakten Organismus ist der Punkt in Forschungsprojekten, an dem häufig vielversprechende Therapieansätze oder potenzielle neue Medikamente scheitern. Andererseits sollte das Potenzial der Zellkulturen auch nicht überschätzt werden. In einem Organismus kommunizieren viele verschiedene Zelltypen miteinander, das können wir aber mit kultivierten Zellen – trotz grossen Fortschritten bei der Herstellung künstlicher Gewebe und Organe – in absehbarer Zeit nicht erreichen. Der Zwischenschritt über das Mausmodell bleibt deshalb bis auf weiteres unverzichtbar. Ich persönlich möchte jedenfalls nicht eine Substanz, die in der Zellkultur funktioniert, als nächstes mir selbst spritzen.

#### RNA-Forschung ist weltweit ein grosses Thema. Welche Rolle kann die Schweiz spielen?

Wir können die Leader sein oder zumindest vorne mitspielen. Zusammen mit den USA, Grossbritannien, Deutschland und mehr und mehr auch China ist die Schweiz führend in den Life Sciences.

#### Bern ist Main Leading House dieses NFS ...

... Ja, die Initiative ging von Frédéric Allain von der ETHZ und mir gemeinsam aus, und wir sehen uns als gleichberechtigte Partner; als «Main Leading House» sind wir Ansprechpartner für den SNF. Bern ist in der Schweiz traditionell stark in der RNA-Biologie. Lange war das eine gute kleine Nische, die man gepflegt hat – noch in den 1990er Jahren galten wir als Freaks. Als im Jahr 2000 allen klar wurde, wie wichtig die RNA für die Genregulation ist, rückten wir RNA-Biologen schlagartig in den Mittelpunkt, und wir konnten einen Forschungsschwerpunkt aufbauen.

#### ... der mit dem NFS eine nationale Dimension erreicht hat. Was erhoffen Sie sich davon?

Wir wollen die vielen sehr guten RNA-Labors in der Schweiz besser vernetzen und so Synergien nutzen. Die Summe soll mehr sein als die Einzelteile – wir arbeiten mit Hochdruck, damit uns das gelingt.

**Kontakt:** Prof. Dr. Oliver Mühlemann, Departement für Chemie und Biochemie, [oliver.muehlemann@dcb.unibe.ch](mailto:oliver.muehlemann@dcb.unibe.ch)

**Prof. Dr. Oliver Mühlemann** (1967) hat in Bern Mikrobiologie studiert und ist nach mehrjährigen Forschungsaufenthalten in Schweden und den USA als Nachwuchsforschungsgruppenleiter an die Universität Bern zurückgekehrt. Seit 2010 ist er hier Ordinarius für Biochemie und Molekularbiologie. 2007 erhielt Mühlemann für seine Forschungen einen der prestigeträchtigen «ERC Starting Grants» des Europäischen Forschungsrats.

#### UniPress Gespräch als Podcast

Sie können ein Interview mit Oliver Mühlemann hören. Podcast unter [www.unipress.unibe.ch](http://www.unipress.unibe.ch), «Download».

# Die entschlossene Bärin aus Sarnen

Für ihren Dokortitel interessiert sich in Hollywood niemand. Aber ohne Dissertation wäre Bernadette Bürgi, Alumna der Universität Bern, nie in Hollywood angekommen.

Von Marcus Moser

## Set-up: Begegnung

Bahnhofshalle Bern. Treffpunkt. Leute warten. Die meisten allein. Ein Mann postiert sich in der Nähe des Treffpunktwürfels. Er checkt sein Smartphone, der Lautsprecher ist eingeschaltet, die Zeit korrekt. Er hält Ausschau. Eine Frau bewegt sich entschlossen aus der Menge der Ankommenden auf den Mann zu und winkt. Die Frau ist elegant und in dunklen Tönen gekleidet. Die Frau ist Bernadette Bürgi.

Mann trifft Frau beim Treffpunkt. Welches Genre von Film würden Sie nun entwerfen? Bernadette Bürgi – hollywood-erprobte Produzentin, Doktorin der Wirtschaftswissenschaften, Alumna der Universität Bern – Bernadette Bürgi lacht: «Romanze oder Thriller wären denkbar, auf einen Horrorfilm hätte ich keine Lust.»

## Fotoshooting: anpacken

Der Fotograf wartet bereits beim Eingang zum Rosengarten. Bernadette Bürgi war länger nicht mehr in Bern und hat sich diesen Ort mit der tollen Aussicht auf die Altstadt und den Gurten für die obligaten Aufnahmen zur «Begegnung» gewünscht. Unser Fotograf hat die grosse Ausrüstung dabei; wie selbstverständlich trägt Frau Bürgi einen Teil zum gewünschten Aufnahmeort. Für Filmproduzentinnen scheint es normal, anzupacken. Und ebenso, sich unkompliziert, aber selbstbewusst ins richtige Licht rücken zu lassen.

## Rückblende I: Ich bin die Bravste

Bernadette Bürgi wächst mit ihrem Bruder in Sarnen in behüteten Verhältnissen auf. Die Opern und Operetten der Wiener Mutter und die Bilder des fotobegeisterten Sarnener Vaters rahmen Kindheit und Jugend. Hinzu kommt eine Landschaft, die sie bis heute nicht loslässt: Einen Lebensanker hat Bürgi in Obwalden, auch heute noch. Im Unterschied zum Vater sind es aber die bewegten Bilder, welche



die kleine Bernadette bewegten. Film um Film wird belichtet, ohne Kamera war die Tochter kaum unterwegs. Wer sich jetzt aber das Heranwachsen einer rebellischen jungen Dame vorstellt, irrt: «Ich war die Bravste von allen. Einige meinten, ich könnte ja Schauspielerin werden. Aber das kam nicht in Frage. Ich Schauspielerin? Nein, ich bin seriös, ich will Wirtschaft studieren.» Bernadette Bürgi unterstreicht die Aussage mit einer Handbewegung, die damals wie heute keinen Zweifel aufkommen lässt. Also Wirtschaft. Der katholischen Tradition folgend an der Universität Fribourg. Allerdings in Kombination mit einem Parallelstudium in Journalistik. Bernadette macht ihrem Namen alle Ehre und ist stark und entschlossen wie eine Bärin.

## Rückblende II: nicht besser, aber länger

Der erste Job nach Studienabschluss führt in die Kommunikationsabteilung der SBB. Allerdings nur für ein Jahr: «Ich musste Inhalte von anderen aufhübschen. Das hat mir nicht gepasst. Ich will mitbestimmen, was kommuniziert wird.» Besser war das folgende Engagement im Produktmanagement bei Wander/Novartis. «Da war leicht zu erklären, was ich tue. Ovomaltine kennen schliesslich alle. Meine Eltern konnten sich jedenfalls vorstellen, was ich mache.» Nur sie selber irgendwann nicht mehr.

War es das? Diesen Job machen bis Sechzig? Nicht besser, aber länger? «Im Mittelteil eines Films kommen die Helden normalerweise in Bedrängnis» umschreibt Bürgi die damalige Verfassung. «Dann wird fieberhaft nach Auswegen gesucht.» Viele steigen temporär aus und machen eine Weltreise. «Nein, das wäre nicht ich», winkt Bürgi ab. «Dafür bin ich zu seriös.» Stattdessen setzt sie die Puzzle-teile neu zusammen: gerne Schreiben + Filmbegeisterung + Wirtschaft + Seriosität = Dissertation – und zwar über Corporate Television 2.0, ein Mitte der Nullerjahre recht neues Thema. Professor Norbert Thom vom Institut für



Organisation und Personal IOP der Universität Bern ist für das Thema zu begeistern. Unsere Heldin hatte also eine Lösung gefunden. 2008 war die Dissertation fertig. An der offiziellen Feier konnte Frau Dr. rer. oec. Bernadette Bürgi wegen Terminkollisionen dann allerdings nicht teilnehmen, neuentwickelte Pläne forderten anderweitig Präsenz.

### **Rosengarten: La vie en rose**

Bernadette Bürgi wirkt entspannt. Es fällt ihr leicht, von ihrem Leben zu erzählen. Dramaturgie, Vor- und Rückblenden, Analysen und Emotionalität: Die Stilmittel des Storytellings sind ihr bekannt – und werden eingesetzt. Vor knapp einem Jahr feierte ihr Film «Posthumous» am Zürcher Film Festival Weltpremiere, anfang Jahr lief er in den USA an. Klappt alles, kommt der Film in den kommenden Monaten auch in die Schweizer Kinos. «Posthumous» ist eine romantische Komödie um einen totgeglaubten Künstler und eine Journalistin, die nach seinen Spuren fahndet. Das Script entwickelte Bürgi gemeinsam mit der Drehbuchautorin und Regisseurin Lulu Wang.

### **Rückblende III: L.A. Confidential**

Von der Dissertation über Corporate Television zur Produzentin eines Hollywood-Films? Bürgi bemerkt das Zögern. «Der Missing Link ist Los Angeles», erklärt sie und strahlt. «Es gibt Städte, da wissen Sie sofort: Das ist Ihre Heimat». Das bemerkte die Gymnastin bereits 1993 bei einem Sprachaufenthalt. Und bei der Arbeit an der Dissertation wurde ihr dann auch klar, dass sie neben der theoretischen Auseinandersetzung mit Bewegtbild auch eine praktische Ausbildung machen wollte. Also besuchte sie Filmklassen an der privaten University of Southern California USC. Was für George Lucas, John Carpenter oder Robert Zemeckis gut war, konnte Bernadette Bürgi nicht schaden. Ihre Abschlussarbeit, die Dokumentation «Yodeling in Lalaland»

handelte von Schweizer Jodlern in Kalifornien. 2008 gründet Bürgi mit Lulu Wang «Flying Box Productions». Seither produziert sie Unternehmensfilme, Musikvideos und Dokumentationen. Das Ziel ist allerdings höher gesteckt: Die beiden Frauen wollen einen Spielfilm drehen. Und zwar innerhalb von drei bis fünf Jahren. Die erste Klappe für die Hollywood-Produktion fällt in Berlin, im Herbst 2012.

Bernadette Bürgi mag die USA. Sie erklärt es knapp und anschaulich. «Wenn sie in der Schweiz nach einem Blick in den Einkaufskorb Ihres Nachbarn an der Kasse ein Gespräch übers Kochen anfangen, ist das den Leuten peinlich. Wenn Sie das in den USA machen, ist es die natürlichste Sache der Welt.» Bürgis offene und gelöste Art kommt an. Dennoch war das Klinkenputzen zur Finanzierung des ersten Films schwierig. «Damals hiess es oft, ich soll zuerst beweisen, dass ich überhaupt einen Film fertig bringe, dann seien sie beim zweiten Film dabei.» Vielleicht bietet sich verschiedenen Leuten bald die Chance, Wort zu halten. Zwölf Drehbücher studiert Bernadette Bürgi aktuell. «Ich würde gerne was mit Action machen, oder ein Drama.» Einen Favoriten hat Bürgi noch nicht.

### **Cliffhanger: Veränderung**

Zum Ende offeriert die Heldin dem Publikum einen regelrechten Cliffhanger: Bernadette Bürgi erwartet auf Ende Jahr ihr erstes Kind. Ob es wie in den vergangenen Jahren möglich sein wird, zehn Monate pro Jahr in L.A. zu leben, ist zurzeit wie vieles andere unklar. Bürgi nimmt es gelassen. «Mein Leben scheint mir eher als Serie denn als Film. Bei Serien muss man auch die Fortsetzung von Folge zu Folge neu erfinden.» Die Geschichte wird eventuell eine unerwartete Wendung nehmen. «Das macht Geschichten – und das Leben – ja erst spannend, nicht?»

**Kontakt:** [www.bernadettebuergi.com](http://www.bernadettebuergi.com)

**Anelis Kaiser, Dr.**, geboren 1973 in Chile, ist MHV-Fellow am Institut für Psychologie, Abteilung für Sozialpsychologie und Soziale Neurowissenschaften, wo sie empirisch an der Frage der Klassifikation und Registrierung von Geschlecht in der fMRT-Forschung arbeitet und funktionelle Hirnaktivität in verschiedenen geschlechtlich konnotierten neurolinguistischen Aufgaben exploriert. Nach Psychologiestudium und Promotion an der Universität Basel forschte sie u. a. am BIOS (LSE, London), am Center of Functionally Integrative Neuroscience (Aarhus) und am Excellence Centre GenNa (Gender/Nature) (Uppsala). Von 2010 bis 2012 war sie Gast- und Vertretungsprofessorin an der TU Berlin und am Institut für Kognitionswissenschaften der Universität Freiburg i. Br.

*Die hier geäußerte Meinung muss nicht der Auffassung von Redaktion oder Universitätsleitung entsprechen.*



## Frauenhirn? Männerhirn?

Von Anelis Kaiser

In einer grossangelegten aktuellen neurowissenschaftlichen Studie lesen wir, dass Frauenhirne für die Kommunikation zwischen den Hirnhälften und Männerhirne für die Kommunikation innerhalb der Hirnhälften optimiert seien, was «ausgeprägte Geschlechterunterschiede» im Verhalten untermauert. Auch in der Öffentlichkeit herrscht Konsens darüber, dass Frauen empathischer sind und besser Sprachen lernen, während sich Männer für Technisches begeistern und kompetitives Verhalten lieben – und dass diese Verschiedenheit im Gehirn begründet liegt. Doch gibt es wirklich ein «weibliches» und ein «männliches» Gehirn?

Nein, denn solche Aussagen greifen zu kurz in Bezug darauf, was Geschlecht ist beziehungsweise wie Geschlecht gelebt wird. In den Neurowissenschaften wird Geschlecht verkürzt behandelt: als eindeutige Kategorie, die durch einen männlichen respektive weiblichen genetischen Bauplan fixiert und aufgrund von fundamental verschiedenen Schaltkreisen im Gehirn konsistent sei. Damit werden Frauen und Männer an entgegengesetzte (und gegensätzliche) Enden eines Geschlechterkontinuums gesetzt. Dies wirkt sich direkt auf die Forschung am Menschen aus: Die Daten der Teilnehmenden werden, ausgehend von ihrer genetisch-genital-gonadalen (gonadal: Eierstöcke resp. Hoden betreffend) Ausstattung, welche selten auch tatsächlich geprüft wird, standardgemäss als F oder M erfasst und sind ab diesem Moment im weiteren wissenschaftlichen Prozess bestimmend und allgegenwärtig. Frauen und Männer werden routinemässig verglichen, meist wird nur über positive Ergebnisse berichtet und die Betonung der Geschlechterdifferenzen wird in Datenbanken institutionalisiert, indem nur die Suche nach Unterschieden möglich ist,

nicht aber nach Ähnlichkeiten oder Nicht-Unterschieden.

Dieser einseitig auf die Differenzen gerichtete Blick kann und sollte erweitert werden, um der individuellen Unterschiedlichkeit der Menschen gerecht zu werden. Interdisziplinäre Forschung im Überlappungsbereich Neurowissenschaft und Gender Studies schlägt deshalb die Berücksichtigung der folgenden Prinzipien im neurowissenschaftlich-empirischen Setting vor.

**Überlappung:** Unabhängig davon, ob Forschende zeigen, dass Frauen und Männer in diesen oder jenen Eigenschaften «verschieden» oder «ähnlich» sind: Entscheidend ist, dass sich die Verteilungen von sozialkognitiven und persönlichkeitsrelevanten Eigenschaften zu einem Grossteil überlappen. Dies sollte bereits beim Forschungsdesign berücksichtigt werden, etwa wenn automatisch Frauen und Männer in verschiedene Gruppen eingeordnet werden. Es geht hier nicht darum zu argumentieren, es könnten keine Differenzen in der Struktur oder Funktion des Gehirns gezeigt werden und es gebe diese nicht. Vielmehr gilt es die Aufmerksamkeit darauf zu richten, dass die Ausstattung des Gehirns geschlechtlich nicht so grundsätzlich verschieden ist, dass man ohne weitere Überlegungen diese beiden Gruppen bilden sollte. Denn während 99 Prozent aller Menschen dauerhaft klar weibliche oder männliche genetisch-genital-gonadale Merkmale aufweisen, folgt Geschlecht in Verhalten und Gehirn weder einer Logik der Zweiteilung noch ist es in sich stabil.

**Multidimensionale Erfassung:** Die klar überlappende Geschlechterbeschaffenheit verlangt nach einer mehrdimensionalen, eigenschaftsbasierten Registrierungs-methode, die über eine reine genetisch-genitale-gonadale hinausgeht und mehr Information liefert als es das blosses Ankreu-

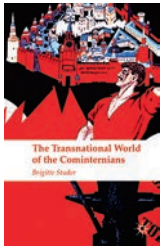
zen des F- oder M-Kästchens ermöglicht. Spezifische Information zu geschlechtlichen Erfahrungen, geschlechterbezogener Sozialisation, geschlechtlichem (Alltags-) Verhalten, geschlechtlicher Kognition könnten auf diese Weise gesammelt und je nach Forschungsfrage tatsächlich mit Struktur und Funktion des Gehirns in Verbindung gebracht werden.

**Verschränktheit von sex/gender:** Die Forschung am Menschen hat zu berücksichtigen, dass sogenannte biologische und soziale Anteile von Geschlecht irreduzibelweise miteinander verwoben sind. Das heisst, dass aufgrund einer bei Geburt vollzogenen Geschlechterteilung Personen bestimmte Erfahrungen – und andere nicht – machen, die dazu führen, dass sie spezifische Muster und Entscheidungsverhalten aufbauen. Das macht es schwer, hier zwischen «sex» (engl. für biologisches Geschlecht) und «gender» (engl. für soziales Geschlecht) als Ursprung eines Verhaltens zu trennen. Es ist nicht möglich, gänzlich das vergeschlechtigende Umfeld zu «kontrollieren» und nur «sex» zu untersuchen. Das gilt es bei der Interpretation der Daten ernst zu nehmen.

Neurowissenschaftlerinnen und Neurowissenschaftler sind Laien in konzeptueller, theoretischer und interdisziplinärer Geschlechterforschung. Auf der anderen Seite sind geistes- und sozialwissenschaftliche Geschlechterforschende, die das Thema Körper und Leib untersuchen, Laien bezüglich biologisch ablaufender Prozesse etwa im Gehirn. Beim Thema Geschlecht und Gehirn ist eine Kommunikation zwischen diesen zwei Fachbereichen nicht nur möglich – sie ist nötig.

**Kontakt:** Dr. Anelis Kaiser, Institut für Psychologie, [anelis.kaiser@psy.unibe.ch](mailto:anelis.kaiser@psy.unibe.ch)





**Utopie trifft Realität**

Brigitte Studer befasst sich in ihrem Werk mit der kommunistischen Internationalen und den Erfahrungen ihrer Exponenten von der jungen russischen Revolution bis hin zu ihrer Auflösung 1943. Das Buch beleuchtet das Leben und Wirken einer privilegierten Gruppe, die sich der Einführung des Bolschewismus nicht nur in ihren Heimatländern, sondern auf weltweiter Ebene verschrieben hatte.

**The Transnational World of the Cominternians**

Brigitte Studer – 2015, 227 S., E-Book und Hardcover, Palgrave Macmillan, ISBN 978-1-137-51028-0



**Biopsychosoziale Medizin**

Um Krankheiten zu verstehen, muss die klassische Biomedizin um psychische und soziale Fragestellungen erweitert werden. Rolf H. Adler, einer der bekanntesten Vertreter des biopsychosozialen Konzepts und langjähriger Chefarzt des Lory-Hauses am Insel-Spital, beschreibt in dieser Verschmelzung von Autobiographie und Theorie seinen Zugang zur biopsychosozialen Medizin.

**Von der Biomedizin zur biopsychosozialen Medizin**

Rolf H. Adler – 2014, 154 S., geb. Ausgabe, 27 Abb., Schattauer, Schriftenreihe der Thure von Uexküll-Akademie für Integrierte Medizin, ISBN 978-3-7945-3044-1



**Einzigartiges aus dem Eis**

Der Hitzesommer 2003 brachte auf dem Schnidejoch ein Teil eines 4800 Jahre alten Bogenfutters als zum Vorschein. Der Archäologische Dienst des Kantons Bern hat in den Folgejahren die hochalpine Fundstelle untersucht und zahlreiche weitere gut erhaltene Funde geborgen, die eine grosse Zeitspanne abdecken. Die Ergebnisse werden nun in einer zweibändigen Publikation vorgestellt.

**Schnidejoch und Lötschenpass – Archäologische Forschungen in den Berner Alpen**

Albert Hafner – 2015, 2 Bde., 524 S., 416 Abb., Archäologischer Dienst des Kantons Bern, ISBN 978-3-907663-35-6



**Hilfsmittel für Historiker**

Historische Hilfswissenschaften vermitteln die wichtigsten Kenntnisse für die Auswertung und Interpretation von Quellen und sind ein fester Bestandteil des Geschichtsstudiums. Ihr Beitrag zur Wissenschafts- und Geistesgeschichte ist auch für aktuelle Fragestellungen in der Geschichte relevant. Diese Einführung zeigt auf, in welchen Bereichen der Geschichtsforschung hilfswissenschaftliches Grundwissen unumgänglich ist.

**Historische Hilfswissenschaften – Eine Einführung**

Christian von Rohr – 2015, 284 S., 58 Abb., Verlag UTB, ISBN 978-3-8252-3755-4



**Das andere Wirtschaften**

Die Kritik an der globalisierten Wirtschaft wächst: Der Zwang zur Rendite hat negative Folgen für Verteilungsgerechtigkeit, sozialen Zusammenhalt und Umwelt. Lokale Initiativen versuchen, diesen Zwang aufzuheben. Forschende und Praktiker stellen Projekte vor und reflektieren über ein anderes Wirtschaften, geprägt von sozialem Sinn und Pragmatismus, aber trotzdem nicht frei von Widersprüchen.

**Anders Wirtschaften – Gespräche mit Leuten, die es versuchen**

Heinzpeter Znoj (Hrsg.) – 2015, E-Book, Conzett Verlag, ISBN 978-3-03760-036-8



**Stereotypen über den Islam**

Gibt es «den» Islam oder «den» Koran? Reinhard Schulze verfolgt in seiner analytisch präzisen Studie die Geschichte der Entstehung der Schrift Koran und reflektiert unhinterfragte Prämissen des wissenschaftlichen Diskurses über den Islam. Er zeigt auf, dass die Vereinfachung auf den Koran und den Propheten den Islam problematisch reduziert und zu einem Denken in Stereotypen führt.

**Der Koran und die Genealogie des Islam**

Reinhard Schulze – 2015, 677 S., geb. Ausgabe, 24. Abb., 10 Tab., Schwabe interdisziplinär (Schwint) 6, ISBN 978-3-7965-3365-5

## Impressum

UniPress 165 Oktober 2015 / 39. Jahrgang  
Forschung und Wissenschaft an der Universität Bern  
**Herausgeberin:** Corporate Communication

**Leitung:** Marcus Moser

**Redaktion:** Marcus Moser (marcus.moser@kommunikation.unibe.ch); Timm Eugster (timm.eugster@kommunikation.unibe.ch)

**Mitarbeit:** Julia Gnägi (julia.gnaegi@kommunikation.unibe.ch); Marla Moser (marla.moser@kommunikation.unibe.ch)

**Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:**

Kathrin Ackermann (kathrin.ackermann@ipw.unibe.ch); Klaus Armingeon (klaus.armingeon@ipw.unibe.ch); Marc Bühlmann (marc.buehlmann@ipw.unibe.ch); Sarah Engler (sarah.engler@ipw.unibe.ch); Matthias Fatke (matthias.fatke@gsi.lmu.de); Markus Freitag (markus.freitag@ipw.unibe.ch); Marlène Gerber (marlene.gerber@ipw.unibe.ch); Karin Ingold (karin.ingold@ipw.unibe.ch); Cloé Jans (cloe.jans@gfsbern.ch); Anelis Kaiser (anelis.kaiser@psy.unibe.ch); Claude Longchamp (claudelongchamp@ipw.unibe.ch); Barbara Mahlmann-Bauer (barbara.mahlmann@germ.unibe.ch); Julia Richers (julia.richers@hist.unibe.ch); Isabelle Stadelmann-Steffen (isabelle.stadelmann@ipw.unibe.ch); Adrian Vatter (adrian.vatter@ipw.unibe.ch)

**Bildnachweise:** Titelbild, Seiten 1, 3, 4, 6, 10, 12, 14, 16, 20, 22, 24 und 27: © Adrian Moser  
Seiten 5 und 7: © Grafiken: Adrian Vatter

Seite 9: © Grafik: Marc Bühlmann, Marlène Gerber  
Seite 11: © Grafik: Matthias Fatke, Markus Freitag  
Seite 17: © Grafik: Kathrin Ackermann,

Markus Freitag

Seite 23: © Grafik: Claude Longchamp, Cloé Jans

Seite 29: © Gemeindeforschung Zimmerwald

Seite 31 li: © Brief Sebastian Castellios an Felix Platner, 29. Juli 1556, Handschriftenabt. der UB Basel: Frey-Gryn Mscr. II 9, Br. 99

Seite 31 re: © Simon Siegrist, Barbara Mahlmann-Bauer, De haereticis an sint persequendi (Basel 1554), Von Ketzern (Strassburg 1555), Traicté des heretiques (wahrsch. Lyon 1557), Titelblätter

Seiten 33 und 35: © Adrian Moser

Seiten 36 und 37: © Manu Friederich

Seite 38: © Anelis Kaiser

Seite 40: © iStock

**Gestaltung:** 2. stock süd, Biel (mail@secondfloorsouth.com)

**Layout:** Patricia Maragno (patricia.maragno@kommunikation.unibe.ch)

**Redaktionsadresse:**

Universität Bern  
Corporate Communication  
Hochschulstrasse 4  
3012 Bern

Tel. 031 631 80 44

unipress@unibe.ch

**Anzeigenverwaltung:**

Stämpfli AG

Postfach 8326

3001 Bern

Tel. 031 300 63 88

Fax 031 300 63 90

insetrate@staempfli.com

**Druck:** Stämpfli AG, Bern

**Auflage:** 13 500 Exemplare

Erscheint viermal jährlich,  
nächste Ausgabe Dezember 2016

**Abonnement:** UniPress kann kostenlos abonniert

werden: Stämpfli AG, Abonnements-Marketing,

Wölflistrasse 1, Postfach 8326, 3001 Bern,

Tel. 031 300 63 42, Fax 031 300 63 90,

abonnemente@staempfli.com

ISSN 1664-8552

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck von Artikeln mit Genehmigung der Redaktion.



Vorschau Heft 166

## DIGITALE AUSSICHTEN

Die Digitalisierung verändert den Umgang mit uns selbst und mit unseren Nächsten, sie ermöglicht neue Formen künstlicher Intelligenz, sie fordert Wirtschaft und Wissenschaft heraus. Im Dezember zeigt UniPress die Grundzüge des Wandels und wie sich die digitale Zukunft gestalten lässt.



# Collegium generale

## RELIGIONEN: TOLERANZ UND INTOLERANZ

Herbstsemester 2015, jeweils am Mittwoch von 18.15–19.45 Uhr, Hauptgebäude der Universität Bern, Hochschulstrasse 4, Auditorium maximum (Raum 110), Collegium generale und Institut für Religionswissenschaft: 414113-HS2015; Begleitkurse: Seminar, Germanistik 416293-HS2015; Übung, Theologie 415574-HS2015

Der Besuch der Vorlesungsreihe wird Studierenden, deren Studienplan dies zulässt, nach bestandener Leistungsnachweis mit 3 Kreditpunkten als freie Leistung angerechnet. Programmänderungen bleiben vorbehalten. Die Veranstaltungen des Collegium generale sind öffentlich und der Eintritt ist frei.

16.9.2015

### «RELIGION» UND «TOLERANZ»: TÜCKEN IHRER VERHÄLTNISBESTIMMUNG AUS RELIGIONSWISSENSCHAFTLICHER SICHT

Prof. Dr. Christoph Uehlinger, Religionswissenschaftliches Seminar, Universität Zürich

23.9.2015

### VOM HEIDENTUM ZUM CHRISTLICHEN GLAUBEN: TOLERANZ UND VERFOLGUNG IN DER GESETZGEBUNG DER RÖMISCHEN KAISER

Prof. Dr. Iole Fargnoli, Romanistisches Institut, Universität Bern

30.9.2015

### DAS TOLERANZPROBLEM DER OFFENBARUNGSRELIGIONEN

Prof. em. Dr. Jan Assmann, Institut für Ägyptologie, Universität Heidelberg

7.10.2015

### INTOLERANZ UND TOLERANZ IN DER ARABISCHEN MODERNE

Dr. Sarhan Dhoub, Institut für Philosophie, Universität Kassel

14.10.2015 *Referat auf Englisch*

### FREEDOM AND IMAGINATION: THE SUBVERSIVE POWER OF MATHEMATICS

Prof. Dr. Claudio Bartocci, Institut für Mathematik, Università degli Studi di Genova

21.10.2015

### SEBASTIAN CASTELLIOS TOLERANZ- KONZEPT - ENTSTEHUNG, WIRKUNG UND AKTUALITÄT

Prof. Dr. Barbara Mahlmann-Bauer, Institut für Germanistik, Universität Bern

28.10.2015 *Referat auf Englisch*

### SPINOZA ON STATE AND CHURCH

Prof. Dr. Wiep van Bunge, Fakultät für Philosophie, Erasmus University Rotterdam

4.11.2015

### DIE TÄUFER IM STADTSTAAT BERN ZWISCHEN VERFOLGUNG UND DULDUNG

Prof. Dr. Martin Sallmann, Institut für Historische Theologie, Universität Bern

11.11.2015

### RELIGIONSFREIHEIT: TOLERANZ UND AKZEPTANZ

Prof. Dr. Judith Wyttenbach, Institut für öffentliches Recht, Universität Bern

18.11.2015 *Referat auf Englisch*

### MOSES MENDELSSOHN: THE MYTH, THE HISTORY, AND THE JEWISH BATTLE FOR RELIGIOUS TOLERANCE

Prof. Dr. Shmuel Feiner, Departement für Jüdische Geschichte, Bar Ilan University

25.11.2015

**17.15 - 18.45 Uhr**

### TOLERANZ UND FORTSCHRITT

Prof. Dr. Rainer Forst, Institut für Politikwissenschaft, Universität Frankfurt

2.12.2015 *Referat auf Englisch*

### CARTOONS: BETWEEN INTELLECTUAL FREEDOM AND SOCIAL AND RELIGIOUS RESTRICTIONS

Hani Abbas, Karikaturist, L'Hebdo, Lausanne und Al Jazeera, Doha

9.12.2015

### GRUNDRECHT AUF SPIRITUALITÄT: STAAT, RELIGION UND BILDUNG

Prof. Dr. Bettina Dennerlein, Orientalisches Seminar, Universität Zürich

Prof. Dr. Daniel Krochmalnik, Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg

Prof. Dr. Barbara Mahlmann-Bauer, Institut für Germanistik, Universität Bern

PD Dr. Hansjörg Schmid, Schweizer Zentrum für Islam und Gesellschaft, Universität Freiburg

16.12.2015

### TOLERANZ PRAKTISCH: BESUCH IM HAUS DER RELIGIONEN

Imam Mustafa Memeti, Dr. Brigitta Rotach und Hindupriester Sasikumar Tharmalingam

Collegium generale  
Hochschulstrasse 4  
3012 Bern  
+41 31 631 86 35 / 87 23  
cg@cg.unibe.ch  
www.collegiumgenerale.unibe.ch

**u<sup>b</sup>**

**UNIVERSITÄT  
BERN**



u<sup>b</sup>

UNIVERSITÄT  
BERN



Albert-Einstein-Gesellschaft

[www.einsteinlectures.ch](http://www.einsteinlectures.ch)

# EINSTEIN LECTURES 2015

**Prof. Alan Guth**  
**MIT, Boston, USA**

Kavli Prize 2014

**Vorträge:**

**Inflationary Cosmology:  
Is Our Universe Part of a Multiverse?**

Montag, 9. November 2015, 19.30 Uhr

**Eternal Inflation and Its Implications**

Dienstag, 10. November 2015, 17.15 Uhr

**Cosmology and the Arrow of Time**

Mittwoch, 11. November 2015, 19.30 Uhr

Alle Vorträge finden in der **Aula der Universität Bern** statt,  
sie sind öffentlich, der Eintritt ist frei

